Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postscheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lützow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 15. | Berlin, den 14. April 1912. | 13. Jahrgang.

Deutschlands Lebensmittelversorgung in der Zukunft.

Eines der wichtigsten Probleme der deutschen Volkswirtschaft ist die Frage: Können wir die an Zahl stetig zunehmende deutsche Bevölkerung auch fernerhin mit Lebensmitteln versorgen? Und weiter: Können wir die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens noch insoweit steigern, daß wir trotz der gestiegenen Bevölkerungszahl in unserem Lebensmittelbezug nicht mehr oder noch weniger wie heute auf das Ausland angewiesen sind? Begnügen wir uns zunächst mit einigen Feststellungen.

Die Entwickelung des deutschen Wirtschaftslebens in den letzten 40 Jahren steht beispiellos da. 1871 zählten wir im Deutschen Reiche 40,8 Mill. Einwohner; 1910 rund 65 Mill. Unser jetziger jährlicher Bevölkerungszuwachs beträgt 900 000 Köpfe. Unsere Industrie, Handel und Gewerbe haben diesen Ueberschuß seit etwa 20 Jahren fast restlos aufgenommen. Das war vordem anders. Drastisch beweist das die Auswanderungsziffer früher und jetzt. Noch 1881 waren es 221 000 Menschen, die den deutschen Boden verließen, fast ausschließlich nur deshalb, weil ihnen die Heimatserde nicht genügende Existenzmöglichkeiten bot. Dieser Zustand hat sich heute in das Gegenteil verkehrt. Seit 1881 ist unsere Auswanderungsziffer ununterbrochen gefallen, sie betrug 1908 kaum noch 20 000. In anderen Ländern, in Spanien, Italien, Oesterreich-Ungarn und England, ist sie in dieser Zeit fortwährend gestiegen. Selbst das reiche England sendet noch jährlich weit über 300 000 Menschen hinaus, die nur zum Teil, — nicht einmal zum größeren Teil — in seinen eigenen Kolonien landen. Der größere Teil der Auswanderer aber ist für England verloren. Während dieser Zeit aber hat Deutschland alljährlich Hunderttausenden ausländischen Arbeitern Arbeit und Verdienst geboten.

Nur eine ungeahnte Entfaltung unserer nationalen Wirtschaft in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft konnte das Bild der Bevölkerungsbewegung so gewaltig ändern. Auch hier nur einige Zahlen, um einen Maßstab für diese gewaltige Entfaltung zu gewinnen.

Unsere Steinkohlenproduktion stieg von 1879 bis 1908 von 42 Mill. Tonnen auf 148½ Mill. Tonnen, dem Werte nach eine Steigerung von 100 Mill. auf 1½ Milliarden Mark. Die Erzeugung von Roheisen ist im selben Zeitraum von 6 Mill. auf 27 Mill. Tonnen, dem Werte nach von 27 Mill. auf 119 Mill. Mark gestiegen.

Schon diese Zahlen lassen erkennen, wie ungeheuer das Anwachsen der Arbeitermassen und die Zusammenziehung dieser in bestimmten, räumlich verhältnismäßig eng begrenzten Gebieten vor sich gegangen ist. Zugleich aber wird uns auch klar, von welcher Tragweite die Lebensmittelversorgung dieser Massen, die fast ausschließlich als Lebensmittelverbraucher in Betracht kommen, für das gesamte Volks- und Wirtschaftsleben ist.

Ist nun die deutsche Landwirtschaft — und damit kommen wir zu unserem Thema — als Lebensmittelproduzentin dieser gewaltigen Bevölkerungszunahme gerecht geworden? Diese Frage kann mit Ja' beantwortet werden.

Unsere Landwirtschaft steigerte in den Jahren 1883 bis 1910 den Ernteertrag in Roggen von 6,6 auf 10,5 Mill. Tonnen, in Weizen von 2,3 auf 3,8 Mill. Tonnen, der Kartoffelbau hob sich im selben Zeitraum von 24,9 auf 43,4 Mill. Tonnen. Die Gesamtzunahme der Erzeugung von Rind- und Kalbfleisch in den letzten 35 Jahren beträgt 82 Proz., von Schweinefleisch sogar 281 Proz. In der Zeit von 1870 bis 1905, in der die deutsche Bevölkerung um rund 48 Proz. gewachsen ist, hat die deutsche Landwirtschaft die Fleischgewinnung um 55 Proz. gesteigert. Wir decken heute 95—97 Proz. unseres Fleischbedarfs im Inlande, unser Roggenbedarf wächst auf deutschem Boden ganz (ja, wir führen davon sogar noch aus), die übrigen Getreidearten zum weitaus größten Teil.

Nun ist's ja klar, daß auch der Landwirtschaft in ihrer Produktionsfähigkeit Grenzen gesetzt sind, über die hinaus der Ertrag des heute bebauten Bodens nicht mehr gesteigert werden kann. Andererseits wird der Verbrauch infolge der Bevölkerungsvermehrung immer größer werden, denn Deutschland wird in absehbarer Zeit seine 80 Mill. Menschen beherbergen. Namhafte Gelehrte suchen denn auch schon nach neuen Möglichkeiten, wie auch unter diesen veränderten Verhältnissen das deutsche Volk mit Lebensmitteln versorgt werden kann, ohne daß wir uns in eine größere Abhängigkeit vom Ausland begeben. Der Wege zu diesem Ziele gibt's verschiedene: Höchste Intensität unserer Landwirtschaft, Kultivierung allen verfügbaren Bodens, soweit das möglich, Erwerb von außerdeutschen Kolonien. Wir wenden uns dem zweiten Wege zu, der Kultivierung des heute noch unbenutzbaren Bodens in Deutschland.

Der Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich hat eine Denkschrift herausgegeben, betitelt: Die Versorgung Deutschlands mit Fleisch und die Kultivierung unserer Moor- und Heideböden. Die Schrift enthält sehr beachtenswerte und interessante Einzelheiten, auf welche wir uns im nachstehenden beziehen.

Zunächst sei bemerkt, daß ein absolut zuverlässiger Nachweis über den Umfang der in Deutschland vorhandenen Moore und der ihnen nahestehenden Böden nicht vorhanden ist. Nach Dr. Meitzen würde das Königreich Preußen an Moorboden 395,1 Quadratmeilen, entsprechend rund 2 241 400 Hektar gleich 6,4 Proz. des preußischen Staatsgebietes enthalten. (Nach neueren Angaben etwas geringer.) Geringer ist der Prozentsatz an Moorboden in Bayern (1,9 Proz.), in Württemberg (1 Proz.); wesentlich höher ist der Moorbestand in Oldenburg, der mit einiger Sicherheit auf 97 576 Hektar gleich 18,6 Proz. der Gesamtbodenfläche, angenommen werden kann. Trefflich geartete Niederungsmoore besitzen die Großherzogtümer Mecklenburg, das Königreich Sachsen, das Großherzogtum Baden. Der ganze Moorbestand des Reiches kann auf rund 2294 Mill. Hektar gleich 4,24 Proz. der Gesamtbodenfläche, geschätzt werden. Hinzu kommen noch 3,81 Mill. Hektar moorähnliche Böden, von denen mindestens 3 Mill. Hektar noch völlig unkultiviert sind.

Die Denkschrift stellt nun die Frage: Welche Erträge sind von den noch unkultivierten Mooren und den mineralischen Oedflächen nach ihrer Kultivierung zu erwarten? Nach den erwähnten Ermittelungen ist der Bestand Deutschlands zu schätzen: an unkultiviertem Hoch- und Uebergangsmoor auf 1 026 000 Hektar, an unkultiviertem Niederungsmoor auf 1 032 000 Hektar, an kulturfähigem mineralischen Oedland auf 1 500 000 Hektar.

Als kultivierte Wiesen würden diese Flächen an gutem Kleegrasheu liefern können insgesamt 162,9 Millionen Doppelzentner. Mit diesen Heumassen würde man jährlich 2468180 Stück Großvieh mehr als jetzt ernähren können.

Bei Verwertung der Gesamtfläche als Weide würde man in einer fünf- bis sechswöchentlichen Weideperiode mit einem durchschnittlichen Lebendgewichtszuwachse von 3 Doppelzentnern bei den Moorweiden, von 2,5 Doppelzentnern bei den Mineralbodenweiden pro Hektar zu rechnen haben. Das ergibt im Jahre ein Mehr von 9 924 000 Doppelzentner (Lebendgewicht).

Die Denkschrift führt nun weiter aus, daß eine einseitige Verwertung der Flächen als Wiese oder Weide höchstens bei den mineralischen Böden in Frage komme. Der größere Teil der Hochmoore aber würde mit der Besiedelung kleinerer und größerer Bauernstellen mit erheblichem Ackerbau zufallen.

Unter der — allerdings ganz willkürlichen — Annahme, daß von der ganzen noch unkultivierten Hochmoorbodenfläche ein Achtel in Weide, zwei Achtel in Bauernhöfe von 80 Hektar, fünf Achtel in Siedlerstellen von 10 Hektar Größe umgewandelt würden, würden die vorhandenen 1 026 000 Hektar liefern können: 128 250 Hektar abgesonderte Weideflächen, 3200 Bauernhöfe zu 80 Hektar, 64 175 Siedlerstellen zu 10 Hektar. Es würden also auf dieser Fläche, wenn man die den Weideflächen anzusetzenden Hirten- oder Eigentümerfamilien nicht mitzählt, 67 375 größere und kleinere Siedlerfamilien ihren Lebensunterhalt finden können.

Die Leistungsfähigkeit der Hochmoore ist durch wiederholte Versuche festgestellt. So kann nach den bisherigen Erfahrungen ein Hochmoorhof in Holstein von 80 Hektar Größe nach völliger Urbarmachung der Fläche jährlich 50 Mastochsen — zum größten Teil als Magervieh angekauft — mit einem Lebendgewicht von im ganzen 260 Doppelzentnern an den Markt bringen. Die 3200 größeren Höfe (80 Hektar) könnten also 432 640 Doppelzentner Viehlebendgewicht erzeugen. Die 64 175 kleineren Höfe (10 Hektar) können 686 672 Kilogramm Lebendgewicht hervorbringen, während die 128 250 Hektar isolierte Weidefläche 384 750 Doppelzentner Lebendgewicht zum Verkauf bringen können.

Die Gedenkschrift schätzt bei der Gesamthochmoorfläche den jährlichen Zuwachs an Marktvieh auf 1 504 060 Doppelzentner.

Die Kultivierung der Niederungsmoorflächen von 1 032 000 Hektar kann zum weitaus größten Teile von bereits bestehenden Betrieben aus bewirkt werden. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß auch im Niederungsmoorgebiet im Laufe der Zeit Kolonisationen stattfinden. So gewähren im bayerischen Donaumoor 17 700 Hektar früher fast ertraglosen Boden heute 5000 Menschen den Lebensunterhalt. Die Gesamtproduktion auf dem bisher noch unkultivierten Niederungsmoor berechnet die Denkschrift auf 2 884 900 Doppelzentner Viehlebendgewicht.

Bei dieser, von der Denkschrift gemachten Rechnung mit der zugrunde gelegten Bodenverteilung darf mithin von den bisher noch unkultivierten Flächen eine Erzeugung von Marktviehlebendgewicht erwartet werden: auf dem Hoch- und Uebergangsmoor von 1 504 000 Doppelzentner, auf dem Niederungsmoor 2 884 900 Doppelzentner, auf dem Mineralboden von (1 500 000 mal 2,5) 3 750 000 Doppelzentner, im ganzen 8 138 900 Doppelzentner. Ferner würden 72 695 Familien kleinerer und größerer Wirtschaften ihren Lebensunterhalt finden.

Die Denkschrift schließt mit dem Bemerken, daß die vorstehenden Zahlen mit der Unsicherheit belastet sind, die allen auf unsicheren Unterlagen auf-

gebauten Berechnungen anhaften. Selbst aber, wenn sich diese Zahlen nicht völlig bewahrheiten, so ist doch klar, daß hier ein Problem von großer kultureller Bedeutung zu lösen ist. Die bisher gemachten Versuche haben bewiesen, daß weite Flächen des bisher nicht bebauten Moor- und Heidebodens durchaus kultivierbar sind. Erinnert sei nur an die großzügige Kolonisationsarbeit des „alten Fritz", der in dem neuerworbenen Schlesien viele zehntausende Morgen sumpfigen Bodens in heute noch ertragreiches Erdreich umwandelte. So viel ist sicher: Als gewichtiger Faktor bei der Versorgung des deutschen Volkes mit Fleisch wird die Frage der Moorbodenkultivierung eine Rolle spielen und nicht zuletzt auch als Futterreservoir für unseren Viehstand in gefährdeten Zeiten.

Unwissenheit oder Leichtfertigkeit?

Tagte da kürzlich die General-Versammlung der „Steuer- und Wirtschaftsreformer", auf welcher ein Professor Dr. Budde einen Vortrag hielt über den „gegenwärtigen Stand unserer volkswirtschaftlichen Wissenschaft und deren Reformbedürftigkeit". Ueber diesen Vortrag bringt die „Westdeutsche Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe", der wir die Verantwortung dafür überlassen, einen ausführlichen Bericht, und zwar unter der Ueberschrift: „Exakte Wirtschaftsforschung". Danach hat der Herr Professor — nachdem er betonte, „daß die sogenannten sozialethischen Bestrebungen auch destruktive Elemente enthalten, und daß sich auch in den letzten Jahren viele Theoretiker von dem Kathedersozialismus losgesagt hätten" — folgendes gesagt:

„Es wird schließlich darauf ankommen, ob die Kathedersozialisten die Praxis genügend kennen und ob ihre Methode wissenschaftlich einwandfrei ist. Die Praktiker finden, daß das erstere nicht der Fall ist. Redner zählt als Beispiele auf: die Unterstützung des Koalitionszwanges und die Verunglimpfung derjenigen Arbeiter, die sich dem Koalitionszwange nicht unterordnen wollen, dann die ewige Empfehlung der Tarifverträge, die selbst dort, wo sie am leichtesten herzustellen und wirklich durchzuführen waren, mehr geschadet als genutzt haben. Das Buchdruckereigewerbe ist schwer geschädigt durch die Tarifverträge, und bei den Maurern hat der Erfolg darin bestanden, daß die Stundenleistung eines Mannes um 60 Prozent heruntergegangen und der Lohn um 150 Prozent gestiegen ist; und dabei beklagen die Kathedersozialisten, daß die Arbeiterwohnungen teurer geworden sind."

Herr Prof. Dr. Budde will in den 18 Jahren, die er bei der Firma Siemens u. Halske als Direktor beschäftigt war, die Praxis kennen gelernt haben. Seine vorstehenden Ausführungen beweisen das aber wirklich nicht. Im Gegenteil. Hätte der Herr Professor die Dinge, über die er hier spricht, wirklich studiert, hätte er besonders die Ereignisse der Praxis aus den letzten Jahren nur einigermaßen gekannt, dann konnte er vorstehendes nicht sagen. Es ist ein elementarer wissenschaftlicher Grundsatz, aufgestellte Hypothesen auch zu beweisen. Das hat der Herr Professor nicht getan. Wo und wann, so fragen wir, haben Tarifverträge mehr geschadet als genutzt? Und dann der Koalitionszwang und die Verunglimpfung derjenigen Arbeiter, die sich dem Koalitionszwange nicht unterordnen wollen. Was verstehen Sie denn eigentlich unter Koalitionszwang und wo wird er ausgeübt? Das muß man mit konkreten Tatsachen belegen, wenigstens verlangt das die exakte Volkswirtschaftsforschung. Gewiß, es kommen auch unter den Arbeitern, wie in jedem Stand, hin und wieder Verstöße gegen die Koalitionsfreiheit vor. Aber — und das betonen wir als christlich-nationale Arbeiter ganz entschieden — wir haben solche Verstöße nie gutgeheißen, sondern auf das schärfste mißbilligt. Wenn nun der Herr Professor diesen schweren Vorwurf gegen die Arbeiter in ihrer Allgemeinheit, ohne jede Einschränkung, und noch dazu, ohne Beweise zu erbringen, erhebt, so ist das leichtfertig gehandelt und mit wissenschaftlicher Methode hat das nichts zu tun.

Spöttisch redet der Herr Professor dann von der „ewigen Empfehlung der Tarifverträge" und behauptet, das Buchdruckereigewerbe sei durch dieselben schwer geschädigt worden. Auch in dieser Behauptung verrät sich wirklich wenig Kenntnis der Praxis. Die Buchdruckereibesitzer selbst denken jedenfalls anders. Dann sagte der Herr Professor weiter, bei den Maurern habe der Erfolg der Tarifverträge darin bestanden, daß die Stundenleistung eines Mannes um 60 Prozent heruntergegangen und der Lohn um 150 Prozent gestiegen wäre. Wir müssen gestehen: Eine ungeheuerlichere und unsinnigere Behauptung ist wohl kaum jemals aufgestellt worden. Gerade der Herr Professor als Nichtfachmann mußte mit seinem Urteil doppelt vorsichtig sein. Will man wissenschaftlich exakt diese Frage untersuchen, dann darf man nicht das Gerede irgendeines Unternehmers, der erzählt, daß die Zahl der täglich vermauerten Steine zurückgegangen sei, gedankenlos nachplappern. Da muß man doch einwandfreies Material zuerst untersuchen, ob solche Angaben zutreffen, ferner, ob nicht inzwischen im Baugewerbe Umwälzungen stattgefunden haben, die die Zahl der früher vermauerten Steine überhaupt nicht mehr erreichen lassen. Die Anwendung des Eisens und Betons, die Kunstwände, größere künstlerische Aufwendung, all das scheint dem Herrn Professor gänzlich unbekannt zu sein. Danach wird aber die Zahl der vermauerten Steine erheblich herabgesetzt. Dieses alles kann Herr Professor [illegible] Behauptung zu machen, nicht berücksichtigt [illegible] von dem Laden der Arbeitsleistung entbehrt [illegible] sachlichen Unterlage. Es handelt sich um weiter nichts, als wie um eine einseitige Behauptung von Unternehmerseite. Nicht von allen, sondern nur von einzelnen. Umgekehrt behaupten die Arbeiter, die Leistungen seien gestiegen. Und das ist nicht zu bestreiten, daß ein Maurer von heute bei gleicher Bauweise wie früher nicht nur das gleiche leistet, ja leisten muß, trotz wesentlich kürzerer Arbeitszeit.

Dann die Behauptung, der Lohn der Maurer sei unter den Tarifverträgen um 150 Prozent gestiegen. Was sich der Herr Professor bei dieser Behauptung eigentlich gedacht hat, ist uns unerfindlich. Es ist einfach unsinnig, so allgemein zu sagen, die Löhne sind im Baugewerbe um so und so viel Prozent gestiegen. Dazu ist die Tarifentwicklung im Baugewerbe eine viel zu ungleichmäßige gewesen, noch ungleichmäßiger lagen und liegen die Lohnverhältnisse selbst. Wenn wir auch in manchen Städten, besonders Norddeutschlands, in den neunziger Jahren, teilweise schon in den achtziger, Tarifverträge hatten, so fällt doch die eigentliche Tarifentwicklung, in der die Tarifverträge eine allgemeinere Bedeutung erlangten, erst in das letzte Jahrzehnt, und da noch in die zweite Hälfte desselben. In welcher Zeit soll denn nun eigentlich jene fabelhafte Lohnsteigerung von 150 Prozent eingetreten sein? Seit der Zeit, in der wir Tarifverträge im Baugewerbe überhaupt kennen, ist sie bestimmt nicht so hoch gewesen. Um 150 Prozent Lohnerhöhung herauszurechnen, muß man schon fast auf die Zeiten der Bauernbefreiung zurückgreifen.

Um noch auf eins zurückzukommen: Der Herr Professor redet vom Koalitionszwang und richtet seine Vorwürfe einseitig nur an die Adresse der Arbeiter. Zu dieser Frage liegen aber auf seiten der Unternehmer derart krasse Fälle vor, daß wir annehmen müssen, daß die in den Vorwürfen liegende mangelnde Objektivität keine unbewußte ist. Hat man nicht im Jahre 1910 aus Anlaß der Bauarbeiteraussperrung gegen die Unternehmer, die die Aussperrung nicht mitmachen wollten, den schärfsten wirtschaftlichen Druck angewandt? Und ist man jetzt nicht daran, in Westdeutschland die Baumaterialienhändler zu zwingen, zu dem Kriegsschatz der Bauunternehmer beizusteuern? Sogar mit der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz drohte man den Händlern, die nicht einsehen konnten, weshalb sie den Bauunternehmern die Mittel aufbringen sollten zu einem Kampffonds gegen die Arbeiterorganisationen. Diese Fälle von Koalitionszwang auf seiten der Unternehmer können beliebig vermehrt werden. Warum also richtet der Herr Professor seine Klagen über Koalitionszwang nicht auch an die Adresse der Unternehmer?

Zum Schlusse noch ein Wort darüber, wie die Arbeitgeber des Baugewerbes selbst über den Wert der Tarifverträge denken. Vor der Bewegung im Baugewerbe 1910 erließ nämlich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eine Rundfrage an seine Mitglieder, um die Erfahrungen mit den Tarifverträgen kennen zu lernen. Das Resultat war: die erdrückende Mehrheit der befragten Unternehmer war mit den Tarifverträgen durchaus zufrieden, ja manche sprachen sich geradezu lobend über dieselben aus. Die Männer, die so urteilen, waren doch wohl auch Praktiker, und ihrem Urteil ist jedenfalls ein anderer Wert beizumessen als solchen einseitigen und oberflächlichen Behauptungen, denn anders kann man sie nicht bezeichnen. Uns erscheint die Art und Weise, wie Herr Professor Budde von den Kathedersozialisten redet, völlig deplaciert. Uns dünkt: an Exaktheit wissenschaftlicher Forschung könnte der Herr Professor nach seinen obigen Behauptungen sehr vieles von ihnen lernen und — Objektivität. Bezeichnend ist es auch, daß die „Westdeutsche Arbeitgeberzeitung" als Fachorgan, der die Tatsachen bekannt sein müssen, diesen kompletten Unsinn ihren Lesern zu bieten wagt.

Allgemeines.

Skandalöser Verrat des alten (soz. Bergarbeiter-) Verbandes gegenüber der Polnischen Vereinigung und den polnischen Bergleuten, so lautet die Ueberschrift eines geharnischten Artikels des in Herne erscheinenden polnischen „Narodowiec" vom 27. März. Der Artikel des genannten Blattes, welches schon mehrfach von den Sozialdemokraten als Kronzeuge gegen den christlichen Gewerkverein angeführt wurde, lautet im Auszug:

„In welch schändlicher Weise der alte Verband sich gegen die Polen benommen hat, die doch auch den Deutschen bessere Löhne erkämpfen wollten, davon haben sich die Polen in der Fremde überzeugt aus den Vorwürfen, die den Polen gemacht sind im Parlamente durch den Sozialdemokraten König. Aber alles ist nichts im Vergleich zu dem, was jetzt ans Tageslicht gekommen ist.

Bekanntlich ist der schwerste Schlag für die Bergleute der Abzug der sechs Schichten vom Arbeitslohn. Die Zechen versandten am 5. Streiktage Karten, daß sie dem sechs Schichten abziehen würden, der Samstag nicht zur Arbeit komme. Die den Streik leitenden Verbände gaben die Parole aus, daß man weiterstreiken und sich durch diese Karten nicht einschüchtern lassen sollte.

Diese Parole gab vor allem der sozialdemokratische Verband heraus. Inzwischen befahlen die Sozialisten heimlich einem gewissen Teile ihrer Mitglieder, schon am Samstag zur Arbeit zu gehen. Die sozialdemokratische Streikleitung stellte besondere Karten aus, auf denen [illegible] großen Anzahl Mitglieder erlaubt wurde, am Sam[illegible]fahren." (Folgt Beschreibung der Karte.)

Das polnische Blatt stellt dann fest, daß diese Karten unterschrieben sind vom Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes. Auch haben die Zechen öffentlich bestätigt, daß am Samstag, den 16. März, eine große Anzahl bekannter Sozialisten und Verbändler angefahren ist.

Dann fährt der „Narodowiek" fort:

„Aber jetzt bleibt nur eins und besonders, daß die Sozialisten nicht nur wußten, daß es schlecht gehen werde, sondern daß sie es auch wollten, daß es schlecht ginge. Wer die lächelnden Mienen und die Zufriedenheit der Führer des alten Verbandes am Dienstag, als die Beendigung des Streiks beschlossen wurde, sah, inmitten der unerhörten Erregung, besonders unter den polnischen Delegierten, der konnte diese Zufriedenheit nicht verstehen. — Heute haben wir die Lösung des Rätsels. Die Sozialisten waren zufrieden, weil sie erreicht hatten, was sie wollten. Aber sie wollten die Erregung des Volkes."

Zum Schlusse des Artikels betont das Blatt:

„Hunderte von Polen sitzen heute dafür im Gefängnis, Hunderte von polnischen Familien in Not, fast 2 Mill. Mark zogen die Zechen nur den polnischen Bergleuten ab. Wir fragen jetzt das polnische Volk hier in der Fremde, ob es erlauben will, daß die Befriedigung der sozialdemokratischen Führer durch so blutige Kosten, durch Blut, Tränen polnischer Familien und Millionen sauer verdienter polnischer Groschen erkauft werden. Oeffne deine Augen, polnisches Volk!"

Zwar reichlich spät, aber doch noch nicht zu spät dämmert's also auch den Polen auf, daß sie von den Sozialdemokraten schmählich hintergangen, für ihre Parteizwecke ausgenutzt wurden. Die Polen sind nun um eine Erfahrung reicher. Mit Führern, wie sie heute an der Spitze des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes stehen, gibt's kein ehrliches, rückhaltloses Paktieren. Mögen aber nun die Polen auch einen Schritt weitergehen und den Anschluß an den christlichen Gewerkverein suchen, der es mit den Interessen der polnischen Bergleute redlich meint und ihre Interessen wirklich zu vertreten gewillt und in der Lage ist.

* * *

Deshalb ist er doch „neutral", der sozialdemokratische Dachdeckerverband nämlich. Die „Dachdecker-Zeitung", das Organ dieses Verbandes, bringt in seiner Nr. 1[illegible] von diesem Jahr einen Versammlungsbericht der Filiale Berlin. Von dieser Versammlung, die am 17. März stattfand, wird folgendes berichtet:

„Zum Punkt 2 wurde der Versammlung vom Vorstand folgender Antrag unterbreitet: „Da die würdigste Form der Maifeier die allgemeine Arbeitsruhe ist, beschließt die heutige Versammlung, den 1. Mai zu feiern; hierzu ist jedes Mitglied verpflichtet." Daß dieser Antrag das Richtige getroffen, bewies die fast einstimmige Annahme; vier Stimmen waren gegen ihn. Weitere Anträge über Unterstützung und darüber, welche Maßregeln ergriffen werden sollen, wenn Kollegen dem Beschlusse nicht nachkommen, wurden zurückgestellt."

Dieser Antrag wurde, wohlgemerkt, nicht vielleicht von einzelnen Mitgliedern, sondern vom Vorstand eingebracht. Und angenommen wurde der Antrag in Gegenwart des Beamten der roten Dachdecker, ist also keine Entgleisung einzelner Mitglieder, als welche man solche Fälle gerne hinzustellen beliebt. Aber nicht nur, daß die Mitglieder zur Maifeier — also einer rein sozialdemokratischen Veranstaltung — verpflichtet sind, sogar Maßregeln gegen jene, die sich dem nicht fügten, waren geplant. Natürlich, man ist ja unter sich, da kann man so etwas ruhig machen. Wenn es aber gilt, christlich und nicht sozialdemokratisch denkende Arbeiter einzu[illegible], dann verwandelt sich der sozialdemokratische Fuchs in ein sanftes Lamm, dann ist man „neutral".

* * *

Die gewaltsame Unterdrückung des Koalitionsrechts erscheint manchen Unternehmern noch immer als geeigneteres Mittel, die ihnen unbequeme Arbeiterbewegung niederzuhalten. Wie kürzlich berichtet wurde, erließ die Textilfirma Karl Fleer u. Co. in Rheydt an ihre Arbeiter die folgende Bekanntmachung:

„Hierdurch fordern wir sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf, falls sie irgendeinem Verbande angehören, sich sofort bei demselben abzumelden, da wir nicht dulden, daß bei uns beschäftigte Personen einem Verband angehören. Alle bei uns in Arbeit stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich innerhalb acht Tagen schriftlich zu verpflichten, daß sie keinem Verbande angehören, widrigenfalls sofortige Entlassung erfolgt."

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die gewaltigen Strömungen unserer Zeit scheinen an diesem Schlag von Unternehmern spurlos vorübergegangen zu sein. Sonst müßten sie durch die Erfahrungstatsachen belehrt sein, daß mit solchen Gewaltmaßnahmen die Gewerkschaftsbewegung nicht aufzuhalten ist. Außerdem setzen sich die Unternehmer mit einem solchen Vorgehen

stets dem Verdacht aus, daß sie bezüglich ihrer Arbeiterschaft kein ruhiges Gewissen, mithin das kritische Auge der Organisation zu fürchten hätten.

* * *

Anarcho-sozialistische Einflüsse in der englischen Bergarbeiterbewegung. Unmittelbar vor Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks stellte Abg. Giesberts in einer Korrespondenz fest, daß die Bewegung auf eine größtenteils „von außen hineingetragene Erregung" zurückzuführen sei. Begründet wurde das damit, es hätten „radikale Elemente die Führung an sich gerissen, denen es dann gelungen ist, die alten Führer aus ihren Stellungen zu verdrängen. So sah sich die britische Föderation zum Teil radikalen, und zwar sozialistisch sich gebenden Einflüssen innerhalb der Föderationsführung selbst gegenübergestellt". Die sozialistische Ruhrpresse hat das in den schärfsten Ausdrücken zurückgewiesen, obwohl der Beweis leicht zu erbringen ist. Schrieb doch der „Vorwärts" (Nr. 302/1911) schon am Tage nach Weihnachten, es wäre nicht schwer, zu beweisen, daß „das treibende Element in der sozialistischen Bewegung zu suchen ist". Der Engländer Pointer nennt (Sozialistische Monatshefte Nr. 6, 1912) die Politik der Arbeiter in Südwales, von wo die heutige große Bewegung nachweisbar ihren Ausgang nahm, „das Ergebnis einer starken syndikalistischen Propaganda", die es auch zur Folge hatte, daß die früheren Führer der Arbeiter „inzwischen zugunsten streitbarer Führer zurücktreten" mußten.

Eine fast wörtliche Bestätigung aber finden die Giesbertsschen Angaben durch einen Artikel des englischen Korrespondenten des Korrespondenzblattes der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands, Weingartz, der in Nr. 11, 1912 des genannten Gewerkschaftsblattes bestätigt, daß die Bewegung das Produkt „einer neuen Methode innerhalb der führenden Elemente der Bergarbeiterbewegung" sei und die alten Führer „gegen Aufrollung dieses ganzen Kampfes" gewesen wären. „Das Sturmzentrum des ganzen Kampfes ist Südwalisien; dort wurde der Kampfesplan von den sozialistischen Elementen der Gewerkschaft im Streit mit den Führern der alten Schule entworfen und der gesamten Föderation der Bergarbeiter aufgedrängt."

Warum wohl die sozialistische Ruhrpresse gegen die gleichlautenden Angaben von Giesberts Sturm lief? Nun, weil daraus hervorging, daß der Ruhrbergarbeiterstreik nicht bloß als Demonstrationsstreik im Hinblick auf die englische Bewegung gedacht war, sondern daß er sogar direkt der sozialistischen Internationale dienen sollte. Und dazu sollten sich christliche Bergarbeiter hergeben? Das hieße ja das Messer an die eigene Kehle setzen!

* * *

Hygienische Baueinrichtungen. Wie im ganzen öffentlichen und privaten Leben die Hygiene in den letzten Jahrzehnten immer mehr Beachtung gefunden hat, so ist dies auch im Bauwesen der Fall gewesen. Auf der „Internationalen Bauausstellung Leipzig 1913" wird ihr daher ein großer Raum zur Verfügung gestellt werden, und ihre Beziehungen zum Bauwesen werden in mannigfacher Weise hervortreten. „Wir müssen gesund wohnen" ist ja in unserer Zeit ein immer wiederkehrendes Schlagwort geworden, und die Verbesserung der Wohnverhältnisse ist eine der ersten und fundamentalen Forderungen der Hygiene. Als Träger der Industrie-Abteilung „Bauhygiene" hat sich nunmehr innerhalb der Organisation der Ausstellung auch eine wissenschaftliche Fachgruppe „Hygienische Baueinrichtungen" konstituiert, der zahlreiche Gelehrte und Fachmänner als Mitglieder und viele auswärtige Hygieniker als korrespondierende Mitglieder beigetreten sind. In ihrer letzten Sitzung hat diese Fachgruppe eingehend über die Gliederung der Materie beraten und folgenden Gliederungsplan aufgestellt: 1. Lüftungs- und Heizungsanlagen sowie Fensterkonstruktionen, Oefen aller Art, auch für Gas, Elektrizität, Petroleum, Spiritus, Grude usw., Herde, Kochmaschinen, Kamine, Kacheln usw., ferner Zentralheizungen und Fernheizungsanlagen, Heizkörperverkleidungen, Beleuchtungs- und Ozonanlagen usw. 2. Entstaubungs- und Desinfektionseinrichtungen. 3. Installation und Beleuchtungsanlagen, Gas- und Wasseranlagen; Material, Erzeugnisse und Ausführungen wie Aborte, Bedürfnisstände, Bäder usw., sowie elektrische Schwachstromanlagen (Telephon, Klingeln, Türöffner usw.). 4. Badeanstalten, Volksbäder, Fabrikbäder, Wascheinrichtungen, Schlafsäle, Kleiderablagen. 5. Fäkalien-Sammelanlagen, -Abfuhr, -Verwertung. 6 Aufzüge (Personen-, Speise-, Kohlen-, Akten-Aufzüge usw.). 7. Kühlanlagen und Kühleinrichtungen im Hause. — Neben der Gruppe „Hygienische Baueinrichtungen" ist auch eine Gruppe „Arbeiterschutz" geschaffen, die sich die Aufgabe gesetzt hat, dieses umfangreiche Gebiet möglichst restlos zur Darstellung zu bringen.

* * *

Eine nachahmenswerte Verordnung hat das Großherzogl. hessische Ministerium erlassen. Es handelt sich um die Berücksichtigung der Arbeitslosen bei Submissionen. Der Erlaß über das Verdingungswesen vom 16. Juni 1898 (zu Abschnitt I Ziffer 7 Absatz 8) hat nämlich folgenden Zusatz erhalten:

„In Zeiten der Arbeitslosigkeit ist ein verschärftes Augenmerk darauf zu richten, daß tunlichst die ortsansässigen Arbeiter Gelegenheit zur Arbeit bekommen, soweit praktische Arbeitsvergebungen dies ermöglichen und brauchbare Arbeiter vorhanden sind.

Es bleibt für Fälle der Arbeitslosigkeit vorbehalten, bei der Zuschlagserteilung im Falle wesentlich gleichwertiger Angebote diejenigen Unternehmer in erster Linie zu berücksichtigen, die sich verpflichten, die am Orte der Bauausführung oder in der Nähe ansässigen, für die betreffende Herstellung brauchbaren Arbeiter tunlichst vorzugsweise zu verwenden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Essen** (Fliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Seiler, **Cöln**, für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, **Lüdinghausen** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Gollantsch** (Sperre über Pawlicki) wegen Maßregelung. **Herne** i. Westf. (gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senger). **Düren** (Streik der Dachdecker). Zuzug ist fernzuhalten.

Bezirk Paderborn.

Steinhagen. Am 1. Februar wurde den hiesigen Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet, dahingehend, daß die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt würde und eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde innerhalb zwei Jahren erfolgen sollte. Nach dreimaligen Verhandlungen mit den Unternehmern kam ein Tarif zustande. Der Lohn, welcher für Maurer 46 Pf. betrug, steigt folgendermaßen: Vom 1. April 1912 bis 30. Juni 1912 47 Pf., vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 49 Pf., vom 1. April 1913 bis 30. Juni 1913 50 Pf., vom 1. Juli 1913 bis 31. März 1914 51 Pf., vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 52 Pf. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter steigt von 36 auf 38 Pf. vom 1. April ab und erhöht sich in der gleichen Weise wie der Lohn der Maurer. Die zehnstündige Arbeitszeit wird am 1. Juli 1912 eingeführt. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. März 1915. An den Kollegen von Steinhagen liegt es nun, das Erreichte festzuhalten. Aus diesem Grunde muß eine weitere Stärkung unseres Verbandes als vornehmste Pflicht betrachtet werden.

Werl. Der Unternehmer Kampmann, welcher dem Arbeitgeberbunde nicht angehört, wollte die vertraglichen Bestimmungen nicht anerkennen. Aus diesem Grunde kam es zu Differenzen und Kampmann entließ am 23. März unseren Koll. Janke. Daraufhin erfolgte durch den Bezirksleiter, Kollegen Werner, eine Verhandlung mit ihm, die ergab, daß Kollege Janke wieder eingestellt und daß der Tarif von Kampmann schriftlich anerkannt wurde. Die Kollegen von Werl werden ersucht, überall für die Durchführung des Vertrages bei allen Unternehmern zu sorgen und sofort Meldung zu machen, wo die Unternehmer sich weigern, den Vertrag zu halten.

Brilon. Der Vertrag für das Baugewerbe lief am 31. März 1912 ab. Es mußte laut Vertrag eine dreimonatliche Kündigung erfolgen. Die Kündigung wurde am 1. Januar 1912 eingereicht. Die Forderungen wurden am 1. Februar eingeschickt und es war hauptsächlich eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde innerhalb zwei Jahren. Die Unternehmer wurden ersucht, bis zum 15. März eine Antwort zu geben. Die Unternehmer haben es aber bis heute nicht für nötig befunden, eine Antwort zu geben oder zu einer Verhandlung einzuladen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben und die Kollegen werden ihre Forderungen zu geeigneter Zeit durchführen.

Geseke. Durch die Schiedssprüche und Verhandlungen des Jahres 1910 wurden auch für Geseke die Lohn- und Arbeitsbedingungen geordnet. Die Unternehmer haben sich bis heute nicht um die Einhaltung der Bedingungen gekümmert, hauptsächlich wohl aus dem Grunde, weil die Arbeiterschaft des Baugewerbes unorganisiert war. Die Kollegen von Geseke haben sich nun aufgerafft und sind schon eine beträchtliche Anzahl dem Verbande beigetreten. Einstimmig wurde beschlossen, an die Unternehmer heranzutreten, damit sie den Vertrag anerkennen. Durch Einschreibebrief sind die Unternehmer in Kenntnis gesetzt worden und bis zum 10. April sollten sie eine Antwort geben. Zu dem Zeitpunkt, wo diese Zeilen niedergeschrieben sind, war eine Antwort von den Unternehmern nicht eingegangen. Kollegen von Geseke! Sorgt durch den Ausbau der Organisation dafür, daß ihr stark genug seid, den Tarif auch für Geseke zur Durchführung zu bringen. Deshalb hinein in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Bochum. In unserem letzten Jahresberichte hoben wir hervor, daß den vorliegenden Zeitungsberichten zufolge im Jahre 1911 mit einer guten wirtschaftlichen Konjunktur zu rechnen sei. Dieses ist im großen Ganzen auch wahr geworden.

Wie aus den vorliegenden Berichten der Industrie zu ersehen ist, waren die Maschinenindustrie, sowie die Hütten- und Stahlwerke mit Aufträgen reichlich versehen. Auch im Kohlenbergbau hatten wir eine wesentliche Aufwärtsbewegung der Konjunktur zu verzeichnen.

Die reichliche Beschäftigung in der Montanindustrie und im Bergbau löste auch eine erfreuliche Belebung der Bautätigkeit aus. Im Durchschnitt genommen war die Bautätigkeit innerhalb unseres Bezirks eine gute zu nennen.

In der Verwaltungsstelle Arnsberg, besonders in Neheim-Hüsten, war hauptsächlich die Privatbautätigkeit eine sehr flotte. Auch wurde in Neheim ein großer Kirchenanbau hergestellt.

In Bochum hat sich die Bautätigkeit im Jahre 1911, soweit industrielle Anlagen in Frage kommen, recht lebhaft gestaltet; bezüglich der Errichtung von Wohnhäusern wurde unsere Erwartung nicht erfüllt. Wir hatten nämlich mit der für die Stadt Bochum im Monat Juni in Kraft getretenen Baupolizeiverordnung, die für das Bauen erheblich verschärfte Bestimmungen enthält, nicht gerechnet.

Nach der neuen Baupolizeiverordnung ist die Stadt in Zonen eingeteilt und demgemäß eine bestimmte Bauweise vorgeschrieben. Ferner sind Bestimmungen über die Sockel-, Rohbau- und Gebrauchsabnahmen, sowie darüber, daß die Rohbauten einer vier- bis sechswöchigen Trockenzeit unterstehen, festgelegt.

Diese Vorschriften sind im Interesse der Volksgesundheit sehr zu begrüßen; in der Uebergangszeit wirken sie aber lähmend auf die Baulust ein. Laut einer veröffentlichten Statistik des Bochumer Bauamts ist die Zahl der erteilten Baukonzessionen von 686 im Jahre 1910 auf 806 im Jahre 1911 gestiegen. Die Zahl der errichteten Wohn- und Geschäftshäuser ist in der gleichen Zeit von 258 auf 240 gesunken.

In Dortmund war die Bautätigkeit im Berichtsjahre bedeutend lebhafter, als im Vorjahre. Während im Jahre 1910 zusammen 1064 Bauscheine, und zwar davon 278 für Wohn- und Geschäftshäuser, 14 für gewerbliche Anlagen erteilt worden waren, wurden im Jahre 1911 1243 Bauscheine erteilt, davon 314 für Wohn- und Geschäftshäuser und 21 für gewerbliche Anlagen.

In Duisburg und Umgegend lag die Bautätigkeit im ersten Halbjahr ziemlich danieder, besonders im Bezirk Moers und Hamborn. Im zweiten Halbjahr wurde es wieder wesentlich besser. Nach einer bekannt gegebenen Statistik von Duisburg und Moers wurden in der Zeit vom Januar bis Oktober folgende Bauerlaubnisse erteilt: 1. in Groß-Duisburg für öffentliche Gebäude 5 (8) (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1910), für Wohnhäuser und dergleichen Gebäude 580 (533), für Um- und Anbauten 449 (412), für gewerbliche Anlagen 189 (146). Die Gesamtzahl der Bauerlaubnisscheine beträgt 1223 gegen 1099 im Jahre 1910, mithin ein Mehr von 124. 2. in Moers für öffentliche Gebäude 1 (3), für Privatneubauten [illegible] (30), für gewerbliche Anlagen 7 (2), für An- und Umbauten 61 (49), zusammen 106 Bauerlaubnisse in der Zeit vom Januar bis Oktober 1911 gegen 84 im gleichen Zeitraum des Jahres 1910. In der Stadt Essen war die Bautätigkeit im allgemeinen eine rege. Zwar ließ die private Unternehmungslust etwas nach, dafür wurde aber eine Reihe Bauten öffentlichen Charakters errichtet, und ferner ließ auch die Firma Krupp mehrere Koloniebauten und sonstige Bauten zu Verwaltungs- und Betriebszwecken herstellen.

Ueber die Bautätigkeit in Essen macht das Statistische Amt u. a. folgende Mitteilungen: Vom Juli bis zum September 1911 sind 335 Wohngebäude oder doch solche Neubauten, die vorwiegend Wohnzwecken dienen, entstanden, so daß in den ersten drei Vierteljahren bereits 1057 Neubauten zu verzeichnen sind gegenüber 502 in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1910.

In den Landgebieten lag die Bautätigkeit sehr im argen. Im Bezirk Gladbeck, speziell in den ländlichen Gebieten, und besonders in Bottrop, war die Bautätigkeit außergewöhnlich flott.

In den Bezirken Gelsenkirchen und Recklinghausen war die Baulust nicht besonders glänzend, jedoch war auch dort genügend Beschäftigungsgelegenheit vorhanden.

In den Bezirken Hagen, Hamm und Oberhausen war die Bautätigkeit ebenfalls eine rege.

Da die Bautätigkeit, wie wir nachgewiesen, innerhalb unseres Bezirks sehr belebt war, war es nicht immer möglich, die Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen. Speziell traf dieses für die ländlichen Gebiete zu. Unsere Mitglieder, die größtenteils vom Lande kommen, besitzen erfreulicherweise noch einen großen Sparsinn und gehen zunächst nach dort, wo die höchsten Löhne gezahlt werden. In den ländlichen Gebieten sind aber die Stundenlöhne niedriger, die Lebensmittel vielfach teurer und vor allem die Logisverhältnisse weit schlechter als wie in den Städten. Wollen die Unternehmer in Zukunft den Arbeitermangel in den Landorten beseitigen, dann werden sie dazu übergehen müssen, die Stundenlöhne der Bauarbeiter denen der in den Städten gezahlten anzupassen.

Die rege Bautätigkeit in unserem Bezirke übte auch einen günstigen Einfluß auf unsere Organisationstätigkeit aus. Aufgenommen wurden 7842 (5280) und übergetreten aus den sozialdemokratischen Verbänden sind 607 (453). Beitragsmarken wurden verkauft 383 483 (304 318), also 79 135 Stück mehr als im Jahre 1910. Dieses Mehr ist einmal der Mitgliederzunahme zu verdanken, andererseits rührt die verhältnismäßig geringe Beitragsleistung im Jahre 1910 daher, weil infolge der damaligen zehnwöchigen Aussperrung eine große Zahl unserer Mitglieder abreisten und in anderen Gebieten ihre Beiträge entrichteten.

An Zuschlags- und Extrabeiträgen, die im Jahre 1910 gezahlt werden mußten, wurden im Berichtsjahre 2739 Stück nachgezahlt. An Lokalfondsmarken zu 10, 20 und 50 Pf. wurden 48 526 (44 910) und Wintermarken zu 1 ℳ 9794 (6512) Stück umgesetzt. Die gesamte Einnahme betrug im Berichtsjahre 304 205,23 ℳ. Davon für die Zentrale 209 873,22 ℳ. Der Kassenbestand in den Verwaltungsstellen betrug am Schlusse des Jahres 1911 65 056,31 ℳ, dagegen im Jahre 1910 43 491,97 ℳ.

Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 10 980, gegen 10 097 am Schlusse des 3. Quartals 1910.

Wie aus den angeführten Zahlen hervorgeht, sind wir im Jahre 1911 wesentlich vorwärts gekommen. Leider hatten wir aber wieder eine riesige Fluktuation zu verzeichnen. Diesem Uebel muß entgegengesteuert werden, und muß daher in Zukunft noch bedeutend mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Als Lohnbewegungen kommen im Berichtsjahre nur solche kleineren Stils in Betracht. In Fröndenberg sieht unser Vertrag für das Jahr 1911 einen Stundenlohn von 55½ Pf. vor. Da die Kollegen nach dem Abschluß des Tarifs ohne Organisation auszukommen glaubten, zahlten die Unternehmer nur noch 50 Pf. Anfangs Mai kamen unsere Kollegen wieder zur Besinnung und fanden den Weg zur Organisation wieder.

Da auf friedlichem Wege mit den dortigen Unternehmern nichts zu machen war, legten unsere Kollegen am 17. Mai geschlossen die Arbeit nieder. Nach dreiwöchigem Kampfe gelang es uns, den Tarif zur Anerkennung zu bringen.

Da in Gladbeck die Stukkateure bis zum Frühjahr 1911 der Organisation noch fernstanden, kümmerten sich auch die dortigen Firmen nicht um den im Jahre 1910 für das ganze Ruhrgebiet abgeschlossenen Tarifvertrag.

Statt 71 Pf. zahlten sie nur 60—65 Pf. pro Stunde. Auch standen die Akkordpreise 20—30 Prozent unter Tarif. Da unsere Berufskollegen sich bis Ende Juli fast samt und sonders unserem Verbande angeschlossen hatten, konnten wir am 15. August die dortigen Stuckfirmen bewegen, daß sie durch Namensunterschrift den geltenden Tarifvertrag anerkannten.

Auch in Hagen mußten wir die Firma Merle drei Tage sperren, um den geltenden Stukkateurvertrag zur Anerkennung zu bringen.

In Menden halten sich die Unternehmer ebenfalls nicht an unseren Tarif, und da von den dort beschäftigten Bauarbeitern nur ein Drittel organisiert ist, war es uns trotz wiederholter Versuche nicht möglich, unserem Vertrage Anerkennung zu verschaffen.

In Hamm bestand bis September 1911 für die Plattenleger ein vertragloses Verhältnis. Am 7. September brachten wir es nach wiederholten Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde und eine wesentliche Erhöhung der Akkordsätze.

In der Stadt Lüdinghausen, wo ein um 10 Pf. geringerer Stundenlohn gezahlt wurde als wie in den umliegenden Landorten, traten unsere Kollegen am 1. Juni in den Ausstand, weil die Unternehmer nicht zu bewegen waren, den geringen Stundenlohn zu erhöhen. Trotzdem unsere Kollegen in den umliegenden Dörfern genügend Beschäftigung fanden und 10 Pf. pro Stunde mehr verdienten, würdigte sich schon nach einigen Tagen eine Anzahl Kollegen zum Streikbruch herab. Diesen schlossen sich recht bald solche „ehrenwerte" Elemente von auswärts an; daher war es trotz der äußerst guten Situation nicht möglich, unsere Forderung durchzudrücken.

Die Unternehmer bewilligten eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde, lehnten es aber ab, mit uns einen Tarif abzuschließen. Auch in Osterfeld, wo für die Bauarbeiter noch kein Tarif bestand, haben sich unsere Kollegen im Monat Juli einen solchen durch zweitägigen Streik erkämpft. Erreicht wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 50—54 auf 59 Pf. für Maurer und von 40—44 auf 49 Pf. für Bauhilfsarbeiter. Ferner wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden erzielt.

In Sterkrade und Oberhausen hatten wir je eine Lohnbewegung für die Stukkateure, die zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. In Sterkrade wurde ein Stundenlohn von 70 Pf. für sofort vereinbart, der im Jahre 1912 auf 72 Pf. steigt.

In Oberhausen wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 62—70 auf 70 bzw. 71 Pf. und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10—11 auf 9½ Stunden erreicht.

Außer den genannten Lohnbewegungen hatten wir noch eine Reihe Betriebssperren zu verzeichnen. Größtenteils kamen Plattengeschäfte in Betracht, die sehr oft den Tarif verletzen. Leider finden sich immer noch Plattenleger, die sich mit solchen Vertragsverletzungen einverstanden erklären.

In Emmerich haben die Unternehmer den im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarif noch immer nicht anerkannt. Da von den etwa 300 in Betracht kommenden Bauarbeitern nur 30 organisiert sind, konnten wir auch nichts tun, um den Tarif zur Anerkennung zu bringen.

Möchten unsere Kollegen doch endlich zur Besinnung kommen und sich samt und sonders unserem Verbande anschließen, dann wird es uns auch möglich sein, unserem Vertrage Geltung zu verschaffen.

Die Tätigkeit des Einigungsamtes war auch im Berichtsjahre wieder eine rege. Hauptsächlich hatte sich dasselbe mit der Landgeldzulage zu beschäftigen. Da auf dem Wege des Verhandelns zwischen den örtlichen Unternehmern und Arbeitern eine Einigung über Zuschläge für Arbeiten auf auswärtigen Arbeitsstellen nicht überall zu erreichen war, mußte das Einigungsamt eingreifen; und als es auch diesem nicht gelang, diese Frage auf dem Wege des Verhandelns zu regeln, mußte es einen Schiedsspruch fällen, wonach überall dort, wo noch keine Vereinbarung getroffen war, die für Gelsenkirchen festgesetzten Landgeldzulagen gezahlt werden müssen.

Der Bauarbeiterschutz erwies sich auch im Berichtsjahre wieder recht mangelhaft und ungenügend. Kamen doch, soweit Meldungen vorliegen, innerhalb unseres Bezirkes 50 Bauunfälle vor, wodurch 62 Kollegen Verletzungen und 17 den Tod erlitten.

Durch Absturz kamen 25, durch Gerüstbruch 10, durch herabfallendes Material 11 Unfälle vor. Die übrigen Unfälle entstanden durch Einstürze und Zusammenbrüche von Betondecken, Mauern, Erdmassen usw.

Die meisten Unfälle und vor allem die mit tödlichem Verlauf kamen bei dem Ueberhandmauern vor. Diese hätten vermieden werden können, wenn auch bei dem Ueberhandmauern Schutzgerüste angebracht worden wären. Leider fehlen aus über im ganzen Bezirke diesbezügliche polizeiliche oder gesetzliche Bestimmungen. Traurig, wenn man bedenkt, wie manches blühende Menschenleben durch Bauunfall schon vernichtet und wieviel Kummer und Not dadurch heraufbeschworen wurde, dann sollte man alles daran setzen, um hier Remedur zu schaffen. Vor allen Dingen müssen wir von unserer Selbsthilfe Gebrauch machen, zumal die Berufsgenossenschaften vielfach versagen. So hat letztere noch auf ihrer jüngsten Generalversammlung die Aufstellung von weiteren Kontrolleuren abgelehnt. Für die Forderung der Bauarbeiterorganisationen auf Aufstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande hat man erst recht kein Verständnis. Daher ersuchen wir unsere Kollegen, alles zu tun, was in ihren Kräften liegt, um ihr Leben und ihre Gesundheit zu schützen und uns alle vorkommenden Bauunfälle zu melden.

In Betracht kommenden Behörden werden endlich [illegible] die Bauarbeiterschutzbestimmungen so zu gestalten, [illegible] der Gesundheit und dem Leben der Bauarbeiter [illegible] wird.

Sämtliche Wahlen wurden im Berichtsjahre folgende getätigt, welche einen schönen Sieg der christlichen Gewerkschaften zeitigten: Gesellenausschußwahlen in Bochum und Hagen, Gewerbegerichtswahlen in Gladbeck, Herne, Moers und Sterkrade.

Krankenkassenwahlen fanden statt in Bottrop, Buer, Castrop, Dorsten, Gladbeck, Mülheim-Broich, Recklinghausen, Sterkrade, Wattenscheid und Weitmar. Wir ersuchen unsere Kollegen, auch in Zukunft den sozialen Wahlen die größte Aufmerksamkeit zu schenken, zumal die Krankenkassenvertreter im Jahre 1912 die Aufgaben zu lösen haben, welche auf Grund der neuen Reichsversicherungsordnung geschaffen sind.

Zum Zwecke der Agitation und Aufklärung wurden im Jahre 1911 in unseren zwölf Verwaltungs- bzw. 140 Zahlstellen 2236 Mitglieder- und 40 öffentliche Versammlungen und 985 Vorstands- und 401 Vertrauensmännersitzungen abgehalten. Die Bezirksleitung nahm teil in und außerhalb unseres Bezirks an 40 öffentlichen, 39 Verwaltungsstellen- und 22 Zahlstellen-Vorstandssitzungen, sowie an 32 Hauskassierer- und Vertrauensmännersitzungen und Bautenbesprechungen.

An 51 Tagen widmeten sich die Bezirksleiter den Verbandskassenrevisionen. Für Sitzungen des Einigungsamtes, der Schlichtungskommissionen, der Lohnkommissionen mit den Unternehmern und Untersuchungen in der Lohnfrage war die Bezirksleitung an 98 Tagen tätig. Außerdem nahm die Bezirksleitung teil an den Kartell-Krankenkassenvorstands- und Gewerbegerichtsvertretersitzungen, sowie an Vorstandssitzungen der anderen Berufsorganisationen an 88 Tagen. Tätig in Unterrichtskursen war sie an 11 Tagen. Rechnet man nun noch die Zeit, welche für Haus- und Bautenagitation, für Beamtenkonferenzen usw. verwendet wurde, so wird man einsehen müssen, daß auch im Berichtsjahre wieder eine große Arbeit geleistet wurde.

Der schriftliche Verkehr ergibt sich aus folgendem: Eingegangen sind vier Telegramme, 37 Postanweisungen, 540 Briefe, 421 Postkarten, 270 Drucksachen und 25 Pakete. Ausgegangen sind drei Telegramme, 156 auswärtige Telephongespräche, 463 Briefe, 542 Postkarten, 275 Drucksachen und acht Pakete. Fassen wir das Geschilderte kurz zusammen, dann müssen wir anerkennen, daß das Jahr 1911 wieder ein Jahr riesiger, aber auch segensreicher Arbeit war. Unsere Lokalbeamten, Vorstands- und Vertrauensmänner, haben im Berichtsjahre rührig gearbeitet und vielfach große Opfer für unsere Organisation gebracht, daher ist auch der Erfolg nicht ausgeblieben. Nicht nur haben wir unseren Verband innerhalb unseres Bezirks einen kräftigen Ruck nach vorwärts gebracht und unsere Kassen stabiler gestaltet, sondern wir haben unsere Organisation auch nach innen hin ausgebaut und reichliche Aufklärungs- und Bildungsarbeit geleistet.

Wenn wir am Schlusse unseres Berichts unsern braven Kollegen noch eine Bitte an das Herz legen dürfen, dann soll es die sein, daß sie auch im Jahre 1912 wieder gemeinsam mit der Bezirksleitung recht kräftig an dem inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation mitarbeiten wollen. Daß dieses doppelt und dreifach notwendig ist, dafür spricht wohl schon allein die Tatsache, daß unser bestehender Tarif am 31. März 1913 zu Ende geht und daß wir dann eventuell wieder mit dem Schlimmsten rechnen müssen.

Jedenfalls wird es nicht so schwer sein, auch im Jahre 1912 unseren Verband zu stärken und auszubauen, denn wie aus den bis jetzt erschienenen Berichten der Presse und des Baumarktes zu ersehen ist, haben wir auch im Jahre 1912 wieder mit einer guten Konjunktur zu rechnen. Nicht nur eine große Zahl von Privatneubauten, sondern auch solche zu gewerblichen Zwecken und öffentlichen Charakters, hauptsächlich Eisenbahnneu- und -umbauten, sind schon jetzt in Aussicht genommen.

Mithin ist wieder Aussicht auf Arbeit und Verdienst in genügender Weise vorhanden. Daher ist auch zu erwarten, daß die gute Baukonjunktur auch bei unsern gesamten Mitgliedern eine rührige Agitationslust und Organisationsfreude auslöst. Wohlan denn, Kollegen, tue auch im neuen Geschäftsjahre ein jeder seine volle Pflicht und Schuldigkeit, fördern wir das Baudelegierten- und Vertrauensmännerwesen, unterlassen wir die Hausagitation nicht, nehmen wir regelmäßig an den Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen, sowie an unseren Versammlungen teil, und vor allem, studieren wir auch fleißig unser Verbandsorgan, dann werden wir auch im Jahre 1912 wieder eine segensreiche Arbeit leisten und vor allem unseren Verband einen kräftigen Ruck nach vorwärts bringen.

Bochum, Wiemelhauser Straße 13.

Wilhelm Koch. Theodor Häuschen.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzusenden. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß zu einer Seite ein 6cm breiterer Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 14. April, der siebente Wochenbeitrag fällig ist.

Recklinghausen. Am 16. März tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Lokalfrage, 4. Verschiedenes. Es wurden 19 Mitglieder aufgenommen, vier wurden von anderen Verbänden übergeschrieben, so daß sich die Mitgliederzahl auf 40 stellt. Die Jahreseinnahme beträgt 976,50 ℳ. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Ignaz Kolle, als zweiter Wilh. Hertwig, Kollege Wehnert zum [illegible] Kassierer, Joachim Kolle zum zweiten, Kollege [illegible] Kollege Deppe als zweiter Schriftführer gewählt. Sämtliche Kollegen wurden einstimmig gewählt und nahmen die Wahl an. Die Versammlungen werden alle 14 Tage, 8 Uhr abends, stattfinden. Es wurde ferner beschlossen, daß vor der Versammlung eine Vorstands- und Baudelegiertensitzung stattfinden solle. Kollege Kreß aus Gladbeck sprach über den Bergarbeiterstreik und legte klar, warum die christlichen Gewerkschaften die Beteiligung abgelehnt haben.

Bochum. Am Sonntag, den 3. März, hielt die Verwaltungsstelle Bochum ihre erste diesjährige Generalversammlung ab, zu welcher trotz der ungünstigen Witterung die Delegierten von nah und fern äußerst zahlreich erschienen waren. Sämtliche Zahlstellen waren vertreten. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung bestand in der Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts vom verflossenen Jahre, sowie in der Berichterstattung über die allgemeine Lage im Baugewerbe zwecks Einleitung einer intensiven Frühjahrsagitation. Aus dem vielseitigen Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Kollegen Meise, ist folgendes von allgemeinem Interesse. Während im Frühjahr des verflossenen Jahres eine gute Konjunktur vorherrschte, flaute selbige zum Spätsommer und Herbst ganz bedenklich ab. Besonders wurde mit der privaten Bautätigkeit zurückgehalten. An öffentlichen Gebäuden wurden im vergangenen Jahre ausgeführt vier Kirchen, vier Schulen, drei Krankenhäuser, ein Rathaus, ein Seminar und fünf industrielle Anlagen. Obschon die Bautätigkeit keine besonders gute zu nennen war, konnten doch immerhin, dank der eifrigen Agitation der Mitglieder, 935 Aufnahmen gegenüber 635 im Jahre 1910 gebucht werden. Aus sozialdemokratischen Verbänden sind 55 Kollegen übergetreten. 15 Kollegen, meist Vertrauensmänner, wurden für ihren agitatorischen Eifer mit den von der Zentralleitung ausgesetzten Prämien bedacht. Die Durchführung einzelner Bestimmungen des Tarifvertrages läßt noch zu wünschen übrig. Die Leitung mußte dieserhalb 97 mal vorstellig werden bei einzelnen Firmen. Auch betreffs des Bauarbeiterschutzes ist noch manches beklagenswert. Im Jahre 1911 ereigneten sich im Bereich der Verwaltungsstelle nicht weniger als 34 Bauunfälle. Verletzt wurden hierbei 42 Bauarbeiter. Infolge der schweren Verletzungen starben drei Bauarbeiter, darunter zwei Mitglieder unseres Verbandes. Mögen diese Zahlen den Mitgliedern eine Warnung sein, darauf zu achten, daß in Zukunft mehr als bisher die bestehenden Bauarbeiterschutzbestimmungen befolgt werden. Nur wenn dieses auf der ganzen Linie geschieht, können an maßgebender Stelle weitere, durchgreifendere Bestimmungen zugunsten des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter erreicht werden. Rechtschutz wurde den Mitgliedern in 304 Fällen erteilt, und zwar handelte es sich in 110 Fällen um Verstöße gegen den Lohn- und Arbeitsvertrag, in 124 Fällen um Steuersachen, in 65 Fällen um Sachen der Arbeiterversicherungen und fünf sonstige Angelegenheiten. An sozialen Wahlen wurden im Berichtsjahre getätigt vier Krankenkassenvertreterwahlen, eine Gesellen-Ausschußwahl und zwei Gewerbegerichtswahlen. Bei den Krankenkassenwahlen in Wattenscheid, Altenbochum und Weitmar siegten die christlichen Arbeiter, während in Hattingen die Genossen einen faulen Sieg errangen, der ihnen aber wenig zur Ehre gereichen wird. Bei der Gesellen-Ausschußwahl der Baugewerken-Zwangsinnung zu Bochum erlitt die Siegesstimmung der Sozis eine gründliche Abkühlung, als die christlichen Kandidaten mit übergroßer Mehrheit als Sieger durchs Ziel gingen. Dasselbe war der Fall bei der Gewerbegerichtswahl in Herne und Börnig-Sodingen, wo die Genossen, statt einen Sieg, einen herrlichen Reinfall registrieren konnten. Der Kassenbericht des Kollegen Jansen zeigte eine Einnahme von 39 290 ℳ. An Krankenunterstützung wurden 838,05 ℳ, an Sterbegeld 156 ℳ gezahlt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1911 1415. Es fanden 308 Mitgliederversammlungen, 94 Vorstandssitzungen und 39 Vertrauensmännersitzungen statt. Eine nicht erfreuliche Erscheinung in dem Kassenbericht ist die große Zahl der Arbeitslosenmarken im verflossenen Jahre. Es sind 1911 2934 Arbeitslosenmarken gegenüber 2997 im Aussperrungsjahre 1910 geklebt worden. Hieraus erhellt die Tatsache, daß manche Kollegen es in diesem Punkte mit ihren Pflichten der Organisation gegenüber nicht ernst genug nehmen. Es ist daher auch nur zu begrüßen, daß die letzte Generalversammlung des Verbandes in München einen Ausweg gefunden hat, um ein ungesundes Emporschnellen der Arbeitslosenmarken zu verhüten und einen diesbezüglichen Paragraphen in das Statut aufgenommen hat. Da aber auch erfahrungsgemäß ein nicht geringer Teil der Kollegen das Statut — ausschließlich Beitrags- und Unterstützungsskala — nur dem Namen nach kennt, wurde folgende Resolution einstimmig gutgeheißen:

„Die am 3. März zu Bochum im christlichen Gewerkschaftshause tagende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Bochum sieht sich veranlaßt, durch die große Inanspruchnahme der Arbeitslosenmarken seitens eines Teiles der Kollegen, die Zahlstellenvorstände bzw. die Mitglieder der Verwaltungsstelle auf den § 13, Absatz 3 des Statuts aufmerksam zu machen und erwartet, daß fürderhin nur dementsprechend verfahren wird."

Zum zweiten Teil der Generalversammlung ergriff Bezirksleiter Kollege Koch das Wort. Einleitend skizzierte Redner kurz den Fortschritt des Verbandes im verflossenen Jahre und äußerte sich alsdann ausführlich über die Absichten, die der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für das Jahr 1913 zu verwirklichen gedenke. Seine Ausführungen klangen aus in dem Appell, in der jetzt kommenden Frühjahrsagitation alles aufzubieten, damit in diesem Jahre das erreicht wird, was wir im verflossenen Jahre schon erreichen wollten, nämlich, unseren Verband auf 50 000 Mitglieder zu bringen, damit auch das Jahr 1913 eine schlagfertige und kampfbereite christliche Bauarbeiterorganisation vorfindet. Nachdem allen Kollegen für ihren Eifer im verflossenen Jahre der gebührende Dank ausgesprochen worden war und die Diskussion noch einige beherzenswerte Winke zur Frühjahrsagitation zutage gefördert hatte, konnte die Generalversammlung nach 3½ stündiger Dauer geschlossen werden.

Darlanden. Am 17. März fand unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht über den Stand der Zahlstelle, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Verschiedenes. Der Kassierer gab den Kassenbericht, welcher die Kollegen befriedigte. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Weber gewählt, als 2. Vorsitzender Koll. Deutsch, als Kassierer Koll. Schwall. Der Schriftführer wie auch die Revisoren wuroen wiedergewählt.

Dülmen. Am Neubau des hiesigen Krankenhauses ereignete sich folgender Vorfall. Als der Hilfsarbeiter H. Klein mittags einige Minuten zu spät zur Arbeit kam und nicht sogleich anfing zu arbeiten, wurde er vom Polier O., bei dem er nicht arbeitete, aufgefordert zu arbeiten. Als Klein in anständigem Ton sagte, er hätte mit ihm nichts zu schaffen, sondern wäre bei dem anderen Polier, geht ersterer gleich hinzu, ihn vom Platze zu werfen und schlägt ihn auf den Kopf, so daß eine Wunde entsteht. Beide ringen noch längere Zeit am Boden, bis der Hilfsarbeiter von dem nobeln unorganisierten Polier — der eine ist organisiert — befreit wurde. Es schwebt heute noch eine Klage, wo einem Hilfsarbeiter dasselbe Schicksal zuteil wurde. Erst wurde er vom Polier verhauen, dann entlassen, das Geld wurde ihm einbehalten usw. Aber der Verband hat sich dieses Kollegen angenommen, weil er organisiert ist. Der Arbeiter, dem jetzt das gleiche passierte, ist nicht organisiert, sonst könnte auch ihm vom Verband geholfen werden. Hier sehen wir wieder, daß es die höchste Zeit wird in Dülmen, daß alle noch Unorganisierten sich dem Verband anschließen. Dann könnte auch besser für Bauarbeiterschutz gesorgt werden, denn die Zustände hier spotten jeder Beschreibung. Selbst wenn der Polier vom Meister erinnert wird, Baubude, Abort usw. in Ordnung zu bringen, hält es dieser nicht für nötig, eine Aenderung herbeizuführen.

Essen. (Fliesenleger.) In der am Sonntag, den 24. März stattgefundenen Bezirkskonferenz der Fliesenleger für das Ruhrgebiet, waren die Delegierten vollzählig erschienen. Auch waren die Kollegen Wiedeberg als Vertreter des Zentralvorstandes sowie Koch vom Bezirk anwesend. Der Vorsitzende Kollege Diedrich eröffnete die Konferenz und hieß alle Kollegen aus Nah und Fern herzlich willkommen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung nahm Kollege Koch (Bezirksleiter, Bochum) das Wort zum Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß wir einen großen Schritt voran gegangen sind. Ganz besonders glaubte er (Redner) die bewußte Opferfreudigkeit der Kollegen im Fliesenleger-Gewerbe hervorheben zu müssen, betonte aber auch andererseits, daß für die kommenden Zeiten im Fliesenlegergewerbe die Einhaltung der tariflichen Abmachungen als eine Ehrensache zu betrachten und mehr wie bisher die Tarifidee zu fördern sei. Die Pflege des Arbeitsnachweises muß in der augenblicklichen Zeit mehr denn je von unseren Kollegen beobachtet werden und überall, wo offene Stellen sind, müssen diese unverzüglich der Arbeitsnachweiszentrale mitgeteilt werden. Aus allen Ausführungen der Delegierten war zu entnehmen, daß alle Kollegen glaubten, ihre volle Pflicht gegenüber dem Verbande getan zu haben. Nachdem der Kollege Wiedeberg einige in der augenblicklichen Zeit angebrachte Richtlinien im gewerkschaftlichen sowie wirtschaftlichen Leben gegeben hatte, schloß er seine Ausführungen mit dem Wunsche, im nächsten Jahre noch einen weit größeren Fortschritt verzeichnen zu können. Die Parole müsse heißen: Vorwärts immer, rückwärts nimmer.

Frankfurt a. M. Am 12. März fand unsere Jahres-Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Anträge und Verschiedenes. Kollege Gerst gab den Jahresbericht. Wir haben eine Mitgliederzunahme von 211 zu verzeichnen. Wenn auch die Konjunktur zu Anfang des Jahres 1911 nicht vom besten war, so setzte dieselbe im Spätjahr desto besser ein, weshalb auch der größte Mitgliederzuwachs im dritten Quartal zu verzeichnen ist. Aufgenommen wurden insgesamt 354 Mitglieder, davon sind von anderen Verbänden übergetreten 48. Leider ist es Tatsache, daß ein großer Teil von den neu eintretenden Mitgliedern, wenn sie keiner Kontrolle unterstehen, dem Verband wieder den Rücken kehren. Hier muß das Baudelegiertenwesen noch mehr ausgebaut werden, damit diejenigen Kollegen, welche einmal zur Organisation gewonnen wurden, auch derselben treu bleiben. Die Gesamteinnahmen betrugen 15 333,65 ℳ. Davon wurden an Unterstützungen ausbezahlt: Krankenunterstützung 1214,95 ℳ, Sterbeunterstützung 224 ℳ, Streikunterstützung 48,12 ℳ. An die Zentralkasse wurden abgesandt 9377,63 ℳ. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme inkl. Kassenbestand von 6053,43 ℳ und eine Ausgabe von 3308,05 ℳ. Der Kassenbestand beträgt somit 2745,38 ℳ. Klagen wurden am Gewerbegericht vier vertreten, wobei den Kollegen ein Gesamtbetrag von 102,60 Mark erzielt wurde. Durch den Arbeitsnachweis konnte zu einem großen Teil unseren Kollegen Arbeit nachgewiesen werden. Auch hier muß gesagt werden, daß mehr geschehen könnte, wenn die offenen Stellen von den Kollegen sofort auf dem Bureau gemeldet würden. Ueber die Durchführung der Tarifverträge ist das Nötige im Bericht des Bezirksleiters gesagt worden. In den Vorstand wurden gewählt Adam Mühsig, erster, Joseph Pfeffer, zweiter Vorsitzender; Wilhelm Gerst, erster, Ferdinand Schmitt, zweiter Kassierer; Joseph Auth als Schriftführer; Joseph Kister und Gg. Jorky als Revisoren. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt Theodor Münster, Johann Weisbecker, Alois Flach und Karl Staubach. In Punkt „Verschiedenes" wurde beschlossen, daß für dieses Jahr die Versammlungen direkt nach Feierabend stattfinden. Wir bitten die Kollegen, dieses zu beachten. Kollege Schleicher gab dann einen Ueberblick über den Bergarbeiterstreik und führte die Gründe an, warum der Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter diesen Streik ablehnte. Mit der Aufforderung, daß auch in diesem Jahre ein jeder sich in den Dienst der Agitation stellen müsse, wenn wir im nächsten Jahre etwas erreichen wollen, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Friedrichshafen. Nach langer Ruhepause regen sich die Bauarbeiter von Friedrichshafen und Umgebung auch wieder. Durch die rigorose Behandlung seitens einiger Unternehmer bzw. deren jugendlicher Bauführer und eines Buchhalters sahen die Kollegen endlich ein, daß die obwaltenden Mißstände ohne Organisation nicht beseitigt werden können. Besonders mangelhaft ist der Gerüstbau. Baubuden kennt man nur für Kalk, Zement und Geschirr. Die Arbeiter haben auch bei der kalten Jahreszeit kein Obdach. Vergangenen Herbst wurde ein vierstöckiger Neubau hergestellt; die Abdeckung fehlte vom Erdgeschoß bis zur First. Wird von einem Bau das Gerüst entfernt, so müssen wir wie die Eichhörnchen an den Stangen herumklettern, und es scheint beinahe, als hätten die Friedrichshafener Bauarbeiter besondere Schutzengel, daß trotzdem nur selten ein Unfall passiert. Den Lebensmittelpreisen in keiner Weise entsprechend, stehen die Löhne auf einer sehr niedrigen Stufe; man geht nicht zu weit, wenn man sagt, die Lebenshaltung ist hier teurer wie in jeder anderen Stadt. Und hierbei 40 bis 46 Pf. Stundenlohn für Maurer, 40—44 für Zimmerer, 48—54 für Gipser und 32—35 Pf. für Bauhilfsarbeiter. Schreiber dieses hat den ganzen Winter gearbeitet, mußte aber mit seiner fünfköpfigen Familie, obwohl die Frau auch noch durchschnittlich pro Woche 5 ℳ verdient, Schulden machen, an welchen ich wohl den halben Sommer zu zahlen habe. Ich bemerke noch, daß ich weder Werktags, noch Sonntags ein Wirtshaus besuche, außer wenn ich zu der Arbeitervereins- oder Gewerkschaftsversammlung oder zur Vorstandssitzung gehe. Zu Hause wird höchstens einmal Most getrunken. Am 24. März fand nun eine Bauarbeiterversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Unser Bezirksleiter, Kollege Rott aus Karlsruhe, hielt einen anderthalbstündigen Vortrag. Er führte uns klar vor Augen, daß genannte Mißstände nur durch den Zusammenschluß sämtlicher Kollegen beseitigt werden können. Redner wies darauf hin, daß nur im Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands unsere Interessen in würdiger Weise vertreten werden können. Er schilderte in deutlicher Weise das verfehlte Vorgehen des Bergarbeiterdreibundes und wies darauf hin, wie Tausende von Familien im Ruhrgebiet in Not und Elend gestürzt wurden. Er wies aber auch darauf hin, daß es sich in der Hauptsache darum handelte, dem christlichen Bergarbeiterverband, der voraus sah, daß die Bewegung erfolglos verlief, ein schmerzstillendes Halsband umzulegen. Das Verhalten des christlichen Verbandes habe sich jedoch glänzend gerechtfertigt. Die Diskussionsredner sprachen sich alle im Sinne des Referenten aus. Sieben Kollegen, fünf Maurer und zwei Zimmerer, traten dem Verbande bei. Kollegen, an euch liegt es nun, den Verband weiter auszubauen. Rührt eifrig die Werbetrommel, versuche jeder, neue Kollegen zu gewinnen, stehet mir bei, damit wir demnächst eine durchgreifende Hausagitation entfalten können, damit bis zur nächsten Versammlung, zu welcher unser Bezirksleiter wiederkommen wird, unsere Reihen nicht nur sich verdoppeln, sondern verzehnfachen. Aber auch dann dürfen wir nicht stehen bleiben. Wir müssen versuchen, sämtliche hier beschäftigten Kollegen des Bauberufes in unseren Verband zu bringen, damit wir dann im Jahre 1913 auch mit in den Reichstarif, welcher für Friedrichshafen nur Verbesserungen bringen kann, eingeschlossen werden. Darum, Kollegen, hoch die Solidarität! Hoch das Banner der christlichen Gewerkschaftsbewegung!

Tue ein jeder das Seine,
Ich tue das Meine.
Es wird dann im Vereine
Zum Großen das Kleine.

Fulda. (Jahresbericht.) Am 25. März hielt die Verwaltungsstelle Fulda in der „Harmonie" ihre Jahresgeneralversammlung ab. Die Tagesordnung enthielt den Geschäfts- und Kassenbericht von 1911, sowie Vorstandswahl und Vortrag des Bezirksleiters Koll. Schleicher. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Stahl. Er führte ungefähr folgendes aus: Die agitatorische Tätigkeit war im vergangenen Jahre recht umfangreich. Dazu kam noch der uns aufgedrungene Kampf um Einhaltung des Tarifvertrags, worüber schon im Bezirksbericht das nötige gesagt ist. Zu erwähnen sei noch, daß die Anzeigen gegen die Kollegen Stahl, Mengel und Latsch von den Arbeitswilligen Schreiner, Willkomm und Richard Müller, Fulda, gelegentlich der Sperre bei der Firma Kramer ausgingen. Bei der Anzeige betreffend das Betreten des Neubaues Krüppelheim fand sich als Zeuge Florentin Gerhardt aus Simmershausen. Die Bautätigkeit war im allgemeinen keine gute. Im ganzen wurden in Fulda 43 Neubauten und mehrere Umbauten ausgeführt. Auch arbeitete ein Teil unserer Kollegen auf den umliegenden Orten. Im Herbst lag die Bautätigkeit fast ganz brach, und so zog eine Anzahl Kollegen nach auswärts. Die anderen gingen zu anderen Berufen über, daher auch die starke Fluktuation. Es wurden zwei Zahl- und zwei Verwaltungsstellen neugegründet, wovon sich eine Zahlstelle wieder auflöste. 167 Mitglieder wurden neuaufgenommen und zwei traten vom freien Verbande über. Im Berichtsjahre nahm Kollege Stahl an 197 Versammlungen und Sitzungen teil, wobei er noch mehrere Wochen außerhalb seines Gebietes tätig war. Die Postsendungen ergaben an Eingang 19 Telegramme, 27 Postanweisungen, 187 Briefe, 164 Karten, 148 Drucksachen und 108 Pakete. Dem stehen gegenüber an Ausgang: 8 Telegramme und 44 Telephongespräche, 20 Post-Anweisungen, 269 Briefe, 211 Karten, 251 Drucksachen, 17 Pakete und 723 Rollen Baugewerkschaft. Sämtliche Versammlungseinladungen wurden bis auf zweimal alle auf dem Bureau hergestellt. Bezüglich des Rechtsschutzes wurde 117 Gesuchstellern Auskunft erteilt und 51 Schriftsätze angefertigt, sowie sechs Lohnklagen am Gewerbegericht vertreten und eine am Amtsgericht. Der angegebene Gewinn beträgt 271 ℳ, wäre jedoch höher, wenn alle Kollegen das Erreichte dem Bureau meldeten. In dem Geschäftsbericht forderte Redner die Kollegen auf, mehr wie seither mitzuarbeiten, um von der Kleinarbeit mehr entlastet zu werden. Der Kassenbericht hatte als Einnahme mit Zuschuß aus der Zentrale 5784,50 ℳ für die Zentrale zu verzeichnen. Als Ausgabe ist genannt: 1835 ℳ für Streikunterstützung, 899,35 ℳ für Kranken- und Sterbeunterstützung, 61,40 ℳ für Rechtsschutz und 2988,58 ℳ an die Zentrale. Die Lokalkasse hatte an Einnahme 1441,69 Mark und an Ausgabe 987,16 ℳ. Bleibt Lokalbestand 454,53 ℳ. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Ferdinand Müller-Fulda als erster Vorsitzender, Eduard Händler-Petersberg als Stellvertreter, Stahl als erster Kassierer, Griebel als Stellvertreter, Konrad Storch als erster Schriftführer, Karl Händler als Stellvertreter, Franz Dietrich und Franz Hartmann aus Horas als Revisoren. Alsdann referierte Kollege Schleicher über den Wert der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Darüber, was die Arbeiter ihrem Stande schuldig sind, und wie sie sich im öffentlichen Leben zu betätigen haben. Auch wies er auf die Tagungen im Arbeitgeberverband hin und was wir demgegenüber zu tun hätten. Nach einem warmen Appell des Kollegen Stahl, mehr mitzuarbeiten, unseren Verband weiter auszubauen, sowie in den konfessionellen Vereinen sich rege zu betätigen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen. Betreffs der Winteragitation in diesem Winter, wo zwei Konferenzen vorausgingen in Fulda und Großentaft, sei noch folgendes mitgeteilt: Es wurden 23 Versammlungen abgehalten, welche gegen die früheren Jahre besser besucht waren, und ein frischer Zug machte sich meistens bemerkbar. Wohl sind einige Winterzahlstellen, die noch zu wünschen übrig lassen. Gerade das Beispiel einiger Zahlstellen sollte als Ansporn dienen, in puncto Agitation, besonders auch in der Jugendfrage. So sind in folgenden Zahlstellen Jugendliche organisiert: Hosenfeld 25, Hauswurz 7, Rasdorf 17, sowie mehrere Orte mit geringeren Zahlen. Dieses muß von gleichgroßen Orten beachtet werden und Nachahmung finden. Den wackeren Streitern, die abgewandert sind, rufe ich hiermit zu: Holen wir das in diesem Jahr Versäumte nach, sei ein jeder ein tüchtiger Agitator, und mögen alle mit guter Gesundheit und gewerkschaftlicher Frische wieder in die heimatlichen Gefilde zurückkehren.

Großenbaum. (Verwaltungsstelle Duisburg.) Am 3. März hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Quartals- und Kassenbericht, 2. Bericht über die Verwaltungsstellen-Generalversammlung und Jahresbericht, 3. Vorstands- und Vertrauensmännerwahlen, 4. Verschiedenes. — Unser Kassierer Kollege Jakob Essner gab den Kassenbericht des letzten Quartals. Die Einnahmen sind um 600 ℳ gestiegen. Unsere nächsten Aufgaben für die Frühjahrsagitation sind, die Unorganisierten der Organisation zuzuführen. Auch müssen wir unsere Kasse stärken, um den Unternehmern im Jahre 1913 gerüstet gegenübertreten zu können. Im Anschlusse an diesen Bericht gab Kollege Schilling den Jahresbericht der Verwaltungsstelle. Die Einnahmen der Verwaltungsstelle haben um 13 000 ℳ gegen das Vorjahr zugenommen. Aus den Vorstandswahlen gingen hervor: als erster Vorsitzender Kollege Nädel, als zweiter Kollege Mink, als erster Kassierer Kollege Jak. Essner, als zweiter Kollege Jeck, als erster Schriftführer Kollege Stähler, als zweiter Kollege Nonn; als Revisoren: die Kollegen Martin Essner und Jakobs; als Hauskassierer: die Kollegen Essner, Schneider, Mink Stähler. Zu Baudelegierten wurden bestimmt die Kollegen Leven und Schneider. Die Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Unter „Verschiedenes" gab der Vorsitzende bekannt, daß die Bureaustunden der Verwaltungsstelle Werktags von ½7—8 Uhr abends und Sonntags von 11—1 Uhr sind. Die Kollegen möchten diese Zeit einhalten. Kollege Schilling wurde beauftragt, wegen Mißständen auf einer Baustelle vorstellig zu werden. Die nächste Versammlung wurde auf den 17. März festgelegt. Auch wurde noch Kollege Nolte als Türkontrolleur bestimmt.

Gevelsberg. Am Sonntag, den 24. März, hielt die Zahlstelle Gevelsberg ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Vorstandswahl, 2. Vortrag des Kollegen Schmalstieg-Hagen, 3. Verschiedenes. — Aus der Wahl gingen hervor: Kollege Georg Schardt als erster, Kollege Josef Weier als zweiter Vorsitzender; Kollege Otto Hohmann als erster, Wilhelm Buckert als zweiter Kassierer. Zum Schriftführer wurde Kollege Ludwig Fürst gewählt, Kollege Ferdinand Becker als Delegierter zum Ortskartell. Als Kassenrevisoren wurden die Kollegen Fürst und Keidel gewählt. Kollege Schmalstieg sprach dann über unsere Aufgaben im Jahre 1912. Redner ermahnte zum Schlusse seines Vortrages zu eifriger Agitation. Unter „Verschiedenes" wurde besonders die Hausagitation empfohlen, wozu sich sofort fünf Kollegen meldeten.

Gladbeck (Zahlstelle). Am 24. März fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Müller, begrüßte vor allem die zugereisten Kollegen und erstattete sodann den Geschäftsbericht. Außer den Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen wies er besonders hin auf die regelmäßig stattgefundenen großen Vertrauensmännerversammlungen, sowie die Erfolge, welche wir dadurch zu verzeichnen gehabt haben. Redner wünscht, daß auch in diesem Jahre recht viele Mitglieder sich als Mitarbeiter finden mögen, um dadurch den inneren Ausbau der Organisation noch besser als bisher durchzuführen. Zum 2. Punkt gab Kollege Schnieder den Jahreskassenbericht. Es wurden verkauft an Eintrittsmarken 233 Stück, Beitragsmarken 7949 Stück, Arbeitslosenmarken 391 Stück, Agitationsmarken 795 Stück. Die gesamte Einnahme betrug 6406,65 ℳ, an die Verwaltungsstelle abgeführt 6021,35 ℳ, Lokal-Ausgabe 385,30 ℳ. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 253. 13 Mitglieder sind vom sozialdemokratischen Verband zu uns übergetreten. Im Durchschnitt betrug die Beitragsleistung pro Mitglied und Jahr 33 Marken. Kollege Kreß hielt sodann einen Vortrag über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Staat und Gesellschaft. Im weiteren wies Redner noch darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften eine Kulturbewegung darstellen.

Nachdem noch einige praktische Winke zur Agitation gegeben waren, schloß Redner seinen einstündigen Vortrag, welcher von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen wurde. In der nachfolgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Jos. Weber als erster, Baltasar Meier als zweiter Vorsitzender; Koll. Joh. Schnieder wurde als Kassierer wiedergewählt; als erster Schriftführer Koll. Aug. Klosik, als zweiter Koll. Jönissen; zu Revisoren die Kollegen Eifert und Zinke. Nachdem noch die Kartelldelegierten sowie Bezirksvertrauensmänner bestimmt waren, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband geschlossen.

Höningen (Kreis Neuß). Am Sonntag, den 31. März, fand hier eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt. Die Mehrzahl der am Orte und in der Umgegend wohnenden Bauarbeiter arbeitet in Neuß und Düsseldorf. Nachdem Kollege Meister schon einige Zeit sich auf den Baustellen mit den Kollegen, die noch fast alle unorganisiert sind, in Verbindung gesetzt hatte, konnte die Versammlung vorbereitet werden. Kollege Kasteleiner, welcher ebenfalls erschienen war, eröffnete die Versammlung und legte den Zweck derselben klar, dann sprach Kollege Meister über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses im Wirtschaftsleben. Er kam dann auf die Lebenshaltung und deren Verbesserungen durch die gewerkschaftlichen Organisationen zu sprechen. Sodann wies er auf den Ablauf des großen Tarifvertrages für das Baugewerbe hin und forderte die Kollegen auf, sich frühzeitig unter den Schutz der Organisation zu stellen. In den weiteren Ausführungen legte er den Unterschied zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften dar und besprach bei dieser Gelegenheit auch den verlorenen Bergarbeiterstreik. Die Kollegen zeigten ein großes Interesse an den Ausführungen und es wurde nun zur Gründung der Zahlstelle geschritten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Christ. Dicken, zum Kassierer Adam Kreß und zum Schriftführer Joh. Clemens gewählt. Die anwesenden Kollegen ließen sich gleich aufnehmen. Als Hauskassierer wurden noch die Kollegen Jak. Gilles und Heinr. Schnitzler gewählt. Der gewählte Vorstand sowohl wie alle übrigen Kollegen hegen die Hoffnung, daß es ihnen gelingen wird, in kurzer Zeit alle in der nächsten Umgebung wohnhaften Bauarbeiter dem Verbande zuführen zu können. Die nächste Versammlung wird durch Handzettel und in der „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" bekanntgegeben.

Hövel. In unserer Mitgliederversammlung, die in Hövel stattfand, wurde die Frage besprochen, eine selbständige Zahlstelle zu errichten. Wir gehörten bislang der Zahlstelle Beckum an. Schon lange bestand der Wunsch nach einer selbständigen Verwaltung. Auch wurde gewünscht, daß am Orte Versammlungen stattfänden, da die Entfernung bis Beckum zu groß ist. Der Wunsch wurde durch einstimmigen Beschluß der Versammlung erfüllt. Eine Anzahl Kollegen haben sich in der letzten Zeit der Organisation angeschlossen. Auch in der Versammlung meldeten sich mehrere zur Aufnahme. In den Vorstand wurden die Kollegen Wilh. Leser zum ersten und Bernh. Hering zum zweiten Vorsitzenden gewählt; Gerh. Wetzelmann wurde erster und Gerh. Dabrock zweiter Kassierer; Eberhard Wällermann als erster, Heinr. Leser als zweiter Schriftführer; zu Revisoren Melchior Wessel und Bernh. Reher. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag bei Wirt Brüggemann statt. Hoffentlich arbeiten die Kollegen nun auch mit aller Kraft an der Ausbreitung unseres Verbandes. Der letzte Unorganisierte muß aufgesucht und zur Organisation angehalten werden. Versäume kein Kollege auf seiner Arbeitsstelle die Agitation und die Wahl der Baudelegierten. Sorge aber auch ein jeder dafür, daß der Tarif überall innegehalten wird.

Münster. (Bezirkskonferenz.) Unsere diesjährige Bezirkskonferenz fand am Sonntag, den 3. März, in Münster statt. Auch Kollege Wiedeberg war erschienen. Es waren aus den verschiedenen Zahlstellen 44 Delegierte anwesend. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Haselünne, Leer, Lengerich und Norden. Wie es scheint, haben sich die genannten Zahlstellen in ein süßes Hoffnungsschläfchen eingewiegt lassen und sehen sich schon im Traume über die sich aus in nächster Zukunft entgegentürmenden Hindernisse hinweg. Um 10 Uhr eröffnete der Bezirksleiter, Kollege Müller, die Versammlung, und nachdem der Vorstand gewählt war, gab der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt. Zum 1. Punkte der Tagesordnung erhielt Kollege Müller das Wort zu dem Bezirksbericht. Redner begründete zunächst, warum die Konferenz im Frühjahr stattfinde. Nachdem derselbe auf den gedruckten Jahresbericht hingewiesen hatte, gab er einen Ueberblick über die verflossenen Jahre 1910 und 1911. Besonders scharf wurde hervorgehoben, daß in diesen Jahren nicht das erreicht worden ist, was nach Lage der Dinge, besonders bei der günstigen Konjunktur, hätte erreicht werden müssen. Daß bei den Kollegen nicht alles in Ordnung ist, besonders wenn es heißt, Neuaufnahmen zu besorgen oder die erforderliche Mitarbeit zu leisten, das sehe man sofort, wenn man die Mitgliederzahl von dem 1. Quartal 1910 betrachte. Von 309 Neuaufnahmen hätten wir nicht behalten, ja, sogar ältere Mitglieder seien ausgetreten. Die Statistik 1910 zeige, daß noch 1200—1300 unorganisierte Kollegen im Bezirk Münster anzutreffen seien, gewiß Grund genug zur eifrigen Mitarbeit. Die [illegible] trage die Schuld, daß unser Bezirk keine zufriedenstellenden Erfolge aufzuweisen habe. Nachdem die Einnahmen und Ausgaben des Bezirks an Hand des gedruckten Bezirksberichts klargelegt waren, wies Redner noch darauf hin, daß es noch immer Kollegen gebe, die den Tarif im Punkte der [illegible] nicht einhalten. Der Bauarbeiter- [illegible] sehr im argen, und es [illegible] Material zu sammeln. Unter „[illegible]" [illegible], daß die Vorstände der Verwaltungsstellen dafür zu sorgen hätten, daß die Kollegen nicht übervorteilt werden, besonders in den Wintermonaten bezüglich der [illegible] in der Krankenkasse bei eventueller Arbeitslosigkeit. Auch die Betätigung in den konfessionellen Arbeitervereinen ließe noch viel zu wünschen übrig. Kollege Müller schloß den Bericht mit der Feststellung, daß wir in Lohnbewegungen Erfolge zu verzeichnen haben, die Mitgliederzunahme dagegen könnte uns auf keinen Fall befriedigen. In der Diskussion und Berichterstattung, woran sich die Kollegen rege beteiligten, wurden die inneren Verhältnisse der einzelnen Zahlstellen klargelegt. Auch hier wurde betont, daß es die Mitglieder an der nötigen Mitarbeit fehlen lassen. Besonders in Ibbenbüren liegen die Dinge noch sehr darnieder, und es wurde Klage geführt, daß den Kollegen so schlecht beizukommen wäre, weil die Unternehmer zu kollegialisch mit denselben umgehen. Dort komme es noch vor, daß der Unternehmer mit dem Arbeiter zusammen dem Alkoholgenuß während der Arbeitszeit fröne, ja, daß selbst vom Unternehmer der Anstoß dazu gegeben würde. In fast allen Berichten wurde betont, daß wir uns den konfessionellen Arbeitervereinen besser anschließen müßten, um mit denselben in immer engere Fühlung zu treten. Auch Kollege Wiedeberg vertrat diesen Standpunkt und empfahl, auf diesem Gebiete noch mehr Tätigkeit zu entfalten. Nachdem Kollege Wiedeberg noch darauf hingewiesen hatte, daß es viele Mitglieder gebe, die ihre Bücher nicht in Ordnung haben und daß es fast den Anschein habe, als seien den Kollegen die Erfolge der letzten Jahre zu leicht in den Schoß gefallen, war die Diskussion erschöpft. Dann referierte Kollege Müller über das Thema: „Welche Aufgaben haben wir in nächster Zeit zu erfüllen?" Es wurde gesagt, daß unser Bezirk bei einem eventl. Kampfe noch mehr in Mitleidenschaft gezogen würde als dies im Jahre 1910 der Fall gewesen ist. Dann wurden die Verhältnisse zwischen früher, ehe wir die Tarifverträge hatten und jetzt, nachdem die Tarifverträge abgeschlossen sind, eingehend beleuchtet. Ferner wurde hervorgehoben, daß jetzt nur noch zum größten Teil Kämpfe über die Gestaltung des Tarifes stattfinden und daß der Tarif bei gewisser Gestaltung eine Waffe in der Hand der Unternehmer sei. Redner wies darauf hin, daß, wenn nicht alle Anzeichen trügen, wir im Jahre 1913 wieder mit einem Kampf zu rechnen haben. Angesichts der geschilderten Verhältnisse sei es notwendig, daß alle Mitglieder auf ihrem Posten seien. Besonders in der Hausagitation müsse mehr geleistet werden, und vor allen Dingen müsse der Agitator beschlagen sein und die Materie beherrschen. Dann wurde noch betont, daß die Mitgliederversammlungen interessanter gestaltet werden müssen und daß sich die Kollegen mehr Mühe geben sollten, um auch ab und zu kleine Vorträge halten zu können. Zum Schluß ermahnte Redner noch, doch im Frühjahr und Herbst eine genaue Statistik vorzunehmen, denn nur dadurch gewinnen auch die Vorstandsmitglieder ein genaues Bild über den Stand der Organisation in ihrer Zahlstelle. Nachdem die Anträge der verschiedenen Zahlstellen erledigt waren, wurde Lingen als nächster Tagungsort für die Bezirkskonferenz gewählt. Sodann referierte Kollege Wiedeberg über die wirtschaftliche Lage. In leicht verständlicher Weise legte er klar, wie sich eins ins andere fügt und wie der Staat das Ganze zur Volkswirtschaft bildet. Durch Zahlen wies Redner nach, wie sich in den letzten vierzig Jahren die Volkswirtschaft gehoben hat, und widerlegte die Verelendungstheorie der Sozialdemokratie. In geschickter Weise verstand Redner klarzulegen, wie sich das Kapitalvermögen in den letzten Jahren gesteigert hat. Nicht nur die oberen Schichten allein hätten den Nutzen, sondern der Arbeiterstand hätte auch dabei profitiert. Redner ging dann auf die Fragen unserer Handelspolitik ein. Er wies darauf hin, wie die anderen Mächte die deutsche Konkurrenz fürchten und wie Deutschland von allen Seiten mißtrauisch beobachtet würde. Aber Deutschland müsse seine Produkte in das Ausland absetzen und sich immer mehr Absatzgebiete verschaffen. Nachdem Redner noch darauf hingewiesen hatte, daß diese Frage nicht mit Phrasen abgetan werden kann, wie es bei der Sozialdemokratie geschieht, schloß derselbe seinen interessanten Vortrag. In der Diskussion wurde noch darauf hingewiesen, was wir von der Sozialdemokratie zu erwarten haben. Das zeige zur Genüge Frankreich. Nachdem noch der Bezirksvorstand gewählt worden war, wurde die so interessant verlaufene Versammlung gegen 6½ Uhr geschlossen. Mögen alle Delegierten, die anwesend waren, die praktischen Winke, die auf der Konferenz gegeben sind, in die Tat umsetzen. Es wird dann auch in den einzelnen Zahlstellen wieder neues Leben blühen und wir werden unser gestecktes Ziel in diesem Jahre erreichen.

Neumühl. Reges Leben herrscht zurzeit in unserer Zahlstelle. Die Kollegen sind zumeist aus der Heimat wieder hier eingetroffen. Die hier vorherrschende gute Konjunktur hat auch noch eine Anzahl neuer Kollegen nach hier gezogen. Die Mitgliederzahl ist denn auch heute schon doppelt so hoch wie im vorigen Jahre und ist noch ständig im Steigen. Diese erfreuliche Erscheinung zeigt sich auch im Versammlungsleben. Die letzte, am Sonntag, den 24. März, stattgefundene Versammlung war denn auch verhältnismäßig gut besucht. In dieser sprach Kollege Schmidt-Oberhausen über den jüngsten Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. Ausgehend von den Ursachen des Streiks, zeigte Redner an der Hand von Tatsachen, wie arbeiterschädigend dieser war. Die Haltung des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter sei in der gegenwärtigen Lage als die allein richtige zu betrachten. Dieses sei auch von der Mehrzahl der Bergarbeiter anerkannt, selbst eine große Zahl Anhänger des Dreibundes haben die Arbeit in den ersten Tagen nicht niedergelegt, sondern sind erst durch den roten Terrorismus dazu gezwungen worden. Die besten Beweise dafür sind die umgerissenen Straßenlaternen und die zahlreich eingeworfenen Fenster von Arbeitswilligen. [illegible] die Augen geöffnet über die wahren Ziele der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Lehren, die wir aus diesem [illegible] Arbeiter zu ziehen haben, sind die, daß wir unermüdlich [illegible] Erstarkung der christlichen Gewerkschaften arbeiten müssen. Nur durch diese können derartige arbeiterschädigende Exzesse vermieden werden und nur sie sind in der Lage, die Arbeiterinteressen wirksam zu vertreten. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen in demselben Sinne aus. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute im Lokale des Herrn Ritterbach-Buschhausen tagende, gutbesuchte Versammlung der Zahlstelle Neumühl erkennt die Maßnahme des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter während der jüngsten Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier als die allein richtige an. Sie weist die unmotivierten Angriffe der drei verbündeten Verbände auf die christlichen Gewerkschaften entschieden zurück. Die Versammlung erkennt an, daß, um ähnliche arbeiterschädigende Treibereien zu verhindern, eine Erstarkung der christlichen Gewerkschaften notwendig ist und verspricht, mit aller Macht dafür zu arbeiten." Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde auf die am 27. März in Hamborn stattfindende Gewerbegerichtswahl hingewiesen. Hier möge jeder seine Pflicht tun. Die Versammlung beschloß weiter, daß die Versammlungen abwechselnd in Buschhausen im Lokale Ritterbach und in Neumühl im Lokale Ortmann stattfinden sollen. Auf Wunsch einiger zugereister Kollegen, die der Offenbacher Krankengeld-Zuschußkasse als Einzelzahler angehören, soll eine Zahlstelle dieser Kasse gegründet werden. Scharfen Tadel fand durch den Vorsitzenden, Kollegen Bieker, das Verhalten einiger Kollegen, welche wohl im Lokale anwesend waren, aber an der Versammlung nicht teilnahmen. Dieses zeugt nicht von gewerkschaftlichem Geist. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften fand die schön verlaufene Versammlung ihren Schluß.

Straßburg i. E. (Jahresbericht.) Die Baukonjunktur hat sich auch im Berichtsjahr nicht wesentlich gehoben. Besonders in der Alt-Stadt Straßburg wurde sehr wenig gebaut. Im Mai und Juni hatte es zwar den Anschein, als sollte eine lebhaftere Bautätigkeit einsetzen, diese ließ jedoch im Juli erheblich nach, um sich auch bis zum Jahresschluß nicht wieder zu erholen. Im Gegenteil, es herrschte schon in den Monaten Oktober und November große Arbeitslosigkeit, die sich in den Wintermonaten bald bis zur Unerträglichkeit steigerte, trotz der sehr milden Wintertemperatur, die wir, mit Ausnahme einiger Tage, hier im südwestlichen Teile Deutschlands hatten.

Daß bei schlechter Arbeitsgelegenheit auch leicht Vertragsverletzungen von Unternehmern begangen werden, mußten wir im Vertragsgebiet, besonders in den Vororten von Straßburg, in Bischheim, Schildigheim und anderen kleinen Orten, erneut konstatieren. Auch könnten wir nicht behaupten, daß gerade die Leitung des Arbeitgeberbundes von Straßburg (im Gegensatz zu der in Mülhausen) allzu großes Gewicht auf die Innehaltung und Durchführung des Vertrages gelegt hätte.

Die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle war durch die vorgeschilderte ungünstige Geschäftslage einerseits und durch den brutalen, rücksichtslosen Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaftler andererseits sehr gehemmt. Die Mitgliederbewegung zeigt sogar im Berichtsjahr einen kleinen Rückgang. Trotzdem 85 Kollegen aufgenommen wurden und 11 aus den sozialdemokratischen Verbänden zu uns übertraten. Demgegenüber hat sich die Jahreseinnahme nahezu um 200 ℳ gegenüber dem Vorjahre erhöht. Es wurden verkauft 6988 Beitragsmarken nebst Lokalmarken. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 2854,20 ℳ, davon wurden 1825,60 Mark an die Hauptkasse gesandt. Für Krankenunterstützung wurden ausbezahlt 187,40 ℳ, für Sterbeunterstützung 40 ℳ, für Streikunterstützung 387,23 ℳ. Der Verwaltungsstellenkasse wurden 390,47 ℳ als Anteil überwiesen. Sonstige Ausgaben für die Hauptkasse betrugen 23,50 ℳ. Die Einnahmen der Verwaltungsstellenkasse betrugen, einschließlich eines Bestandes von 55,09 ℳ, 603,26 Mark, die Ausgaben 492,65 ℳ, so daß also ein Bestand von 110,61 ℳ verbleibt.

Die agitatorische und organisatorische Tätigkeit war recht umfangreich. So wünschenswert hierfür eine Einzeldarstellung erscheint, so muß doch aus räumlichen Rücksichten darauf verzichtet werden. Versammlungen wurden im Gebiete der Verwaltungsstelle abgehalten: Eine ordentliche und drei außerordentliche Generalversammlungen, 13 Mitglieder- und sechs öffentliche Versammlungen. Vorstandssitzungen, Besprechungen nebst Verwaltungsstellen-Konferenzen wurden 11 abgehalten. Außerdem hat der Beamte in den Monaten April, Mai und Juni alle 14 Tage Sprechstunden jeweils Montags angesetzt, wovon die Mitglieder leider nicht den erhofften Gebrauch machten. Trotzdem werden wir in diesem Jahre diese Einrichtung zur Anmeldung von Beschwerden nochmals versuchen. Was den Versammlungsbesuch anbelangt, so hätte dieser, abgesehen von einigen gut besuchten Versammlungen, ein besserer sein müssen. Viele Mitglieder glauben eben, mit dem Zahlen der Beiträge ihre Pflicht erfüllt zu haben, bedenken aber nicht, daß ihre Teilnahmslosigkeit lähmend und schädigend auf das ganze Organisationsgebilde wirkt. Für unsere Mitglieder im Elsaß, besonders in Straßburg, darf die Meinung nicht Platz greifen, daß es genüge, wenn Vorstand und Beamte ihre Pflichten erfüllen. Nein, Kollegen, die positive Mitarbeit aller Mitglieder kann uns nur im Elsaß vorwärts bringen.

Was nun die allgemeine Lebenslage der Straßburger Bauarbeiter betrifft, so ist dieselbe nicht gut zu nennen. Straßburg ist eine der teuersten Städte bezüglich der Lebensmittelversorgung im ganzen Süden. Der Lohn für Maurer, Zimmerer mit 58 Pf. und der der Bauhilfsarbeiter mit 48 Pf., steht weit zurück gegenüber anderen Städten im Elsaß. Gewiß zeugt das nicht von großer Tapferkeit und erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit der mächtigen und bis jetzt allein herrschenden, unter dem Kommando „Karlchen Vogts" stehenden sozialdemokratischen Bauarbeiterorganisation. Zu den teueren Lebensmitteln kommt noch der Mangel an kleinen billigen Wohnungen. Schlechte Ernährung ist, wie die Erfahrung lehrt, ein schnell wirksames und schmerzvolles, schlechte Hausung ein langsam wirkendes, schleichendes Gift! Die Straßburger Arbeiterschaft ist trotz der gro-

geren Anzahl neuerbauter Wohnungen für Arbeiter (in der ziemlich weit von der Stadt gelegenen Gartenvorstadt) tatsächlich fast noch mit 40 Prozent vor die unerbittliche Notwendigkeit gestellt, mit fast jeder angebotenen Wohnung vorlieb nehmen zu müssen. Selbst wenn sie den geringsten gesundheitlichen und sittlichen Ansprüchen nicht genügt und eigene Wünsche nicht befriedigt. Sie können ihres mangelnden Einkommens wegen die genügend vorhandenen besseren Wohnungen nicht bezahlen. Die Stadt Straßburg hat zweifellos auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterfürsorge schon manches für die Arbeiterschaft geleistet, wird aber in der Zukunft noch manche Aufgabe zu erfüllen haben, bis für die Arbeiterschaft einigermaßen zufriedenstellende Verhältnisse erreicht sind. Wir wollen hoffen, daß auf diesem Gebiete kein Stillstand eintritt.

Was nun die unterelsässischen Gewerkschafts- und Parteigenossen betrifft, so haben sich diese, besonders die Straßburger, in der Bekämpfung unseres Verbandes auch im Berichtsjahr besonders hervorgetan. Man wollte anscheinend einen Rekord im Verleumden aufstellen. Wir brauchen bloß an die Verleumdung zu erinnern: „Eine echt christliche Tat in Aussicht", die in der „Baugewerkschaft" veröffentlicht wurde. Mit wachsendem Verdrusse müssen nun die roten Verbands„größen" der weiteren wachsenden Entwicklung unseres Verbandes auch im Elsaß zusehen. Gewiß werden sie auch in diesem Jahre mit den verwerflichsten und verzweifeltsten Mittelchen uns zu hemmen suchen. Aber es wird ein vergebliches Beginnen sein, sagen wir heute schon, denn die Arbeiterschaft im Elsaß erkennt immer deutlicher, wo ihre Interessen am wirksamsten vertreten werden. Auch beginnen die Arbeiter immer mehr, den eminenten Kulturwert der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu erkennen. Schließlich wird auch die Zeit kommen, wo sich die christliche Bauarbeiterschaft im Elsaß nicht mehr durch den abscheulichen Terrorismus einschüchtern lassen wird. Wir sind gewiß, daß sich dieses Blatt bald wenden wird; wir werden unser Möglichstes tun, daß es recht bald geschieht.

Zum Schluß sei allen Kollegen, besonders den Vorstandsmitgliedern, die dazu beigetragen haben, daß wir den roten Ansturm abschlagen konnten, herzlich gedankt. Allen anderen aber, den Gleichgültigen und Abseitsstehenden rufen wir zu: Aufgerafft, ihr Bauarbeiter, die ihr nicht Sozialisten seid. Helft die Reihen der christlichen Gewerkschaftsarmee stärken, besonders stärkt unseren Verband als wichtiges Glied derselben. Brecht mit Mut und Ausdauer, durch fortwährende Steigerung unserer Mitgliederzahl, den übermütigen, brutalen, fast keine Grenzen mehr kennenden Gewissenszwang der Sozialisten im Elsaß. Bahnt der Freiheit den Weg. Kämpft mit in unserem christlichen Bauarbeiterverband für echte Freiheit, Brüderlichkeit und wahre Demokratie.

Neustadt (O.-Schl.). Am 11. März fand die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. In Abwesenheit des Vorsitzenden erstattete Koll. Peschke den Kassenbericht des 4. Quartals 1911 und den Jahreskassenbericht. Die Gesamteinnahme 1911 beträgt 569,20 ℳ. Davon für die Hauptkasse 433,67 ℳ. Die Ausgabe derselben betrug für Sterbegeld in einem Falle 36 ℳ. Die Einnahme der Lokalkasse betrug inkl. Bestand in Summa 210,61 ℳ, die Ausgabe derselben 127,94 ℳ, mithin Bestand für 1912 82,67 ℳ. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Paul Riedel als erster, Karl Soffner als zweiter Vorsitzender; Josef Peschke als Kassierer; Karl Langer als Schriftführer; als Revisoren: Theodor Hübner und Alois Navrath; als Hauskassierer: Franz Hartsch, Josef Schneider und Julius Soffner. Im Mai des verflossenen Jahres wurde an die Unternehmer eine berechtigte Lohnforderung gestellt, da nur ein Stundenlohn von 30 Pf. und darunter gezahlt wurde. Da sich ein Unternehmer sehr entrüstete über diese Forderung, mußte zu einer 14tägigen Sperre geschritten werden, die den Erfolg hatte, daß am 23. Juni ein Vertrag geschlossen wurde, mit einer sofortigen Erhöhung auf 33 Pf., und vom 1. April auf 35 Pf. Mit diesem Vertragsabschluß ist in Neustadt zunächst eine Verständigung erzielt worden. Die Neustädter Kollegen dürfen sich dieses Erfolges freuen und hoffen wir, daß jeder Kollege hieran die Bedeutung der Organisation erkannt hat. Nur wenn wir einig sind, wird es uns möglich sein, das jetzt Errungene zu behalten. Den Neustädter Kollegen rufe ich zu: Bleibt treue Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, nur dann wird der Erfolg ein dauernder sein.

Trier. (Dachdecker.) In Nr. 14 der „Dachdeckerzeitung" (Organ des sozialdemokratischen Dachdeckerverbandes) wird freudestrahlend unter Trier berichtet, daß es endlich gelungen sei, auch hier eine Filiale zu gründen. Welche Umstände zu dieser Gründung führten, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Wie liegen nun die Dinge mit dem Uebertreten bzw. der roten Gründung? Der größte Teil dieser übergetretenen Dachdecker war früher schon im sozialdemokratischen Dachdeckerverband organisiert. Geleistet wurde von dieser Seite nicht das Geringste. Man überließ die Trierer Dachdecker ruhig ihrem Schicksal. Im Jahre 1908 hat sich nun (wie hier allgemein) unser Verband der Dachdecker angenommen. Der Erfolg war, daß wir zwei Lohnbewegungen mit vollem Erfolg durchführten, wobei eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit (von 11 auf 10 Stunden) und eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde (von 40 auf 55 Pf.) erreicht wurden. Auf Grund unseres Statuts und der angeführten Lohnerhöhung mußten nun die Dachdecker einen 10 Pf. höheren Beitrag zahlen. Dies war jedoch den Guten zuviel verlangt. Der Gauleiter des roten Dachdeckerverbandes aus Köln erhielt nun von dieser für ihn „günstigen" Situation Wind, eilte sofort nach hier, rebete von alleiniger Interessenvertretung der Dachdecker im Deutschen Dachdeckerverband und bot seine Organisation als den „billigen Jakob" an. Um diesen Erfolg wollen wir den roten Dachdeckerverband und auch Herrn Stiepenbring nicht beneiden. Mitglieder, die in der heutigen ernsten Zeit ihren Verband nur als Melkkuh benutzen wollen, kann der rote Dachdeckerverband noch weniger gebrauchen als wir. Auch alles weitere über die Zahl der Uebergetretenen und noch Verbleibenden läßt uns vollständig kalt. Für die Mitglieder unseres Verbandes ist das Statut das Gesetzbuch. Wer dies nicht anerkennt, stellt sich außerhalb unserer Reihen.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die Einigung im Schneiderstreik ist durch Schiedssprüche des in Jena zusammengetretenen Schiedsgerichts mit den Unparteiischen nunmehr erreicht worden. Die Schiedssprüche wurden einzeln für die in Betracht kommenden Orte und Bezirke gefällt. Es wurden für nachstehende Orte folgende Lohnerhöhungen festgesetzt: Berlin 8½ Prozent, Cöln 5½ Prozent, Düsseldorf 7½ Prozent, Graudenz 7½ Prozent, Halle 7½ Prozent, Hamburg von 7—7½ Prozent, Liegnitz von 7½—12 Prozent, Lübeck 5—7 Prozent, Magdeburg 7 Prozent, Meiningen 5½ Prozent. Diese Erhöhungen beziehen sich durchweg nur auf die Grundlöhne. Ueber den Abschluß eines zukünftigen Reichstarifvertrages wurde ausgiebig diskutiert. Die Arbeitnehmervertreter hatten sich schon zu Beginn der Verhandlungen den Arbeitgebern gegenüber bereit erklärt, dem Abschluß eines Reichstarifvertrages mit einem bestimmten Ablauftermin näher zu treten. Ob allerdings damit die Arbeit nun auf der ganzen Linie wieder aufgenommen wird, ist bei der unter den Gehilfen herrschenden Stimmung noch zweifelhaft. In einer Anzahl Versammlungen des sozialdemokratischen Schneiderverbandes kam es bereits über den ersten Einigungsvorschlag Dr. Hillers, der eine Lohnerhöhung von 5 Prozent durch das ganze Land vorsah, zu erregten Auseinandersetzungen. Selbst Verrat warf man den Führern vor. Diese hatten geglaubt, sich für die Annahme des Einigungsvorschlages durch die Gehilfen verbürgen zu können. Darin hatten sie sich getäuscht. Denn gerade in den größten Städten, wo also eine große Anzahl der Gehilfen in Betracht kommen, lehnten diese die gemachten Vorschläge ab. Aber auch gegen die durch das Schiedsgericht jetzt erfolgte Regelung macht sich bereits wieder der Widerstand der Gehilfen bemerkbar. Die Gehilfen forderten bekanntlich eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die Gehilfenvertreter glaubten die Gewähr für die Durchführung der Schiedssprüche, die Lohnerhöhungen von 5 bis 10 Prozent bringen, übernehmen zu können. Ueber die Ausführung derselben sollte in den einzelnen Städten überhaupt nicht mehr abgestimmt werden. Es wäre im Interesse der Gewerkschaften selbst bedauernswert, wenn durch das undisziplinierte Verhalten der Gehilfen das Ergebnis der nur mühsam zustande gekommenen Verhandlungen und damit der Friede im Schneidergewerbe scheitern würden. Daß durch ein solches Verhalten das in die Arbeiterorganisationen gesetzte Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit bei der Durchführung einmal getroffener Abmachungen nur geschädigt wird, ist klar. Sind sich die Schneidergehilfen dieser schweren Verantwortung nicht bewußt, schädigen sie sich nicht nur selbst, sondern auch die gesamte übrige Arbeiterschaft.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Der Bergarbeiterstreik in England offiziell abgebrochen. Nachdem die Abstimmung unter den Bergarbeitern nur eine geringe Majorität für die Fortsetzung des Streiks ergeben hatte (es fehlte also die erforderliche Zweidrittelmehrheit, die zur Fortführung des Kampfes notwendig war), hat die Konferenz des Grubenarbeiterverbandes die Empfehlung des Arbeiterausschusses, daß die Arbeit unter Beendigung des Streiks am Montag oder Dienstag wieder aufgenommen werden soll, angenommen. Der Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde von der Konferenz mit 440 gegen 125 Stimmen angenommen.

Kranken- und Unfallversicherung in der Schweiz. Am 4. Februar 1912 hat die Schweiz auf dem Gebiete der staatlichen Arbeiterversicherung einen tüchtigen Schritt vorwärts getan. An diesem Tage wurde das Gesetz betr. die Kranken- und Unfallversicherung mit rund 287 500 gegen 241 400 Stimmen vom Schweizer Volk in Urabstimmung angenommen. Wie man aus den Abstimmungsziffern ersieht, ist die Zahl der Gegner der Versicherung eine große. Schon daraus ist ersichtlich, daß um die Annahme des Gesetzes ein harter Kampf geführt worden ist. Die Presse stand in ihrer erdrückenden Majorität auf seiten der Gesetzesfreunde; diese verfügten über 326 politische Zeitungen, während sich nur 24 Blätter der Sache der Gegner annahmen. Selbst deutsche Unternehmerblätter können ihre Wut über die Annahme des Gesetzes nicht verbergen. So schreibt beispielsweise die „Deutsche Arbeitgeberzeitung", es hätten für das Gesetz gestimmt: die Staatssozialisten, die Sozialdemokraten, Humanitätsapostel, die Führer und kadavergehorsamen Politiker fast aller bürgerlichen Parteien usw. Hinter diesen wenig geschmackvollen Bezeichnungen verbirgt sich nur der Aerger.

Dem angenommenen Gesetz zufolge zahlt der Industrielle den ganzen Betrag der Betriebsunfallprämie. Theoretisch dürfte das kaum eine Mehrbelastung der Arbeitgeber darstellen, da bisher die Lasten des Haftpflichtgesetzes von dem größten Teil der Arbeitgeber völlig oder fast ganz getragen wurden. Die Gesamtbelastung der Arbeitgeberschaft hat man offiziell auf 19 Millionen Franken veranschlagt.

Weniger einschneidend sind die Aenderungen in der Krankenversicherung; der bisher fakultative Charakter ist derselben gewahrt worden. Man beschränkte sich auf die staatliche Subventionierung aller Betriebs-, Vereins- und Berufskrankenkassen, welche die nachstehenden Bedingungen erfüllen: Von den sog. anerkannten bzw. subventionierten Krankenkassen ist nämlich die Freizügigkeit anzuerkennen, die Krankenunterstützung auf sechs Wochen auszudehnen, die freie Aerztewahl einzuführen, die Wöchnerinnenunterstützung zu übernehmen und bei der Unfallversicherung mitzuwirken. Wie die bestehenden Kassen sich zu diesen Bedingungen stellen werden, muß sich noch zeigen. Verzichten sie wegen derselben auf die staatliche Anerkennung und damit auf den Bundesbeitrag, so bleibt es in der Hauptsache bei dem bisherigen Zustand.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Arbeitsmarkt im Monat Februar 1912. Nach dem Reichs-Arbeitsblatt hat die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Februar im allgemeinen eine Besserung erfahren.

Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Beschäftigung in den meisten Gewerben recht günstig gestaltet.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt erfuhr die günstige Lage zu Anfang des Monats eine Abschwächung; gegen Ende des Monats trat jedoch eine außerordentliche Nachfrage ein, da die Verbraucher unter dem Eindrucke der Arbeiterbewegung ihren Bedarf zu decken suchten. In Ober- und Niederschlesien war der Absatz in Kohle und Koks befriedigend. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau trat, wie alljährlich, ein kleiner Rückgang ein, doch war der Geschäftsgang im allgemeinen noch befriedigend.

Lebhaft war wieder die Beschäftigung in der chemischen und elektrischen Industrie und im Kalibergbau. Auch die Roheisenerzeugung, die Eisengießerei und der Maschinenbau werden als gut bezeichnet.

Die Beschäftigung der Baumwollspinnereien war befriedigend, diejenige der Tuchindustrie wieder recht ungünstig. Lebhaft zu tun hatte die Konfektion.

Im Baugewerbe war die Beschäftigung infolge der Witterung in den meisten Städten ganz gering, nur aus einigen wird ein etwas lebhafterer Betrieb gemeldet. Ueberangebot von Arbeitskräften wurde in Königsberg, Hamburg, Posen, Berlin, Leipzig, Chemnitz, Halle und Nürnberg festgestellt.

Bei den Innungskrankenkassen des Baugewerbes, die sich auf 36 234 männliche und 680 weibliche Mitglieder beziehen, ergab sich am 1. März gegen den 1. Februar eine Zunahme von 6965 männlichen und eine Abnahme von 79 weiblichen Versicherungspflichtigen, abzüglich der Kranken. Die Betriebskrankenkassen mit einem Bestande von 33 708 männlichen und 471 weiblichen versicherten Mitgliedern hatten eine Zunahme von 6029 männlichen und 108 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern ohne Kranke aufzuweisen.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Februar eine Besserung erfahren; es ergab sich am 1. März gegenüber dem 1. Februar eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank gemeldeten von zusammen 87 431 (+ 77 226 männliche, + 10 205 weibliche Mitglieder). Die Zunahme war stärker als im entsprechenden Monate des Vorjahrs, in dem sich der Mitgliederbestand der Krankenkassen um 67 826 vermehrte. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen, wenn man den Bestand vom 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, wie im Vorjahre derselbe geblieben, nachdem er im Januar auf 98 gesunken war. Beim weiblichen Geschlecht ist er wie im Vorjahre von 100 auf 101 gestiegen.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat Februar berichten 48 Fachverbände mit 2 048 522 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 2,6 v. H. arbeitslos, Ende Januar betrug die Arbeitslosenzahl 2,9 v. H. und Ende Februar 1911 2,2 v. H. Es ist also gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung, gegenüber dem Vormonat eine Verbesserung zu verzeichnen.

Die Arbeitsnachweisziffern lassen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, sowohl gegenüber dem Vorjahre wie gegenüber dem Vormonat auf Besserung schließen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Februar 1912 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 178 Arbeitsgesuche gegen 210 im gleichen Monate des Vorjahrs und 192 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 88, 81 bzw. 100.

In Berlin und der Provinz Brandenburg hat sich die allgemeine Lage des Arbeitsmarkts gebessert.

In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg wird die Gesamtlage durchweg unter Berücksichtigung der Jahreszeit als günstig bezeichnet.

Auch im Rheinlande bot die Lage des Arbeitsmarkts ein recht befriedigendes Bild.

In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck war die Beschäftigung im allgemeinen günstig.

In Bayern hat sich die Lage des Arbeitsmarkts mit Ausnahme einiger Gewerbe, besonders des Baugewerbes, günstiger gestaltet; in Württemberg und Baden hat die Besserung angehalten.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im Februar 157 262 411 ℳ, das sind 20 080 560 ℳ mehr als im gleichen Monate des Vorjahrs. Dies bedeutet eine Mehreinnahme von 345 ℳ oder 13,12 v. H. auf 1 Kilometer.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredlung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Februar die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 822,54 Mill. Mark, die Ausfuhr einen Wert von 698,89 Mill. Mark gegen 709,2 Mill. Mark und 634,45 Mill. Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs.

Gerichtliches.

Königsberg i. Pr. (Bestrafter sozialdemokratischer Terrorismus.) Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde am 9. März der sozialdemokratisch organisierte Maurer Gehrmann zu zwei Tagen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Gehrmann hatte als Baudelegierter am 12. Dezember v. J. auf dem Neubau Bruckert mit unserem Kollegen Graßmann das gemeinsame Arbeiten verweigert. Am 11. März wurde Kollege Graßmann, angeblich, weil er die Bestrafung des „Genossen" Gehrmann veranlaßt hätte, wiederum auf dem Neubau vom Maurermeister Klein, Beekstraße, gemaßregelt. Wortführer von den „Genossen" war hier der Bauhilfsarbeiter Heinrich Feyerabend. Die sozialdemokratischen Bauarbeiter in Königsberg liefern den Scharfmachern das beste Material für ein neues Zuchthausgesetz.

Soziale Wahlen.

Hamborn. Bei den am 27. März getätigten Gewerbegerichtswahlen übten von 2670 eingetragenen Wählern 1683 ihr Wahlrecht aus; davon entfallen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine 585 Stimmen, auf die der sozialdemokratischen Gewerkschaften 235, auf die Liste der Polen 582 und auf die der Hirsch-Duncker 81 Stimmen. Da hier Proportionalwahl besteht, so erhalten von den acht zu wählenden Beisitzer die christlichen Gewerkschaften vier, die roten einen, die Polen drei Beisitzer, während für die Hirsche nichts übrig blieb. Auffallend ist, daß tausend Wähler nicht gewählt haben. Dieses ist hauptsächlich an der ungünstigen Lage der Wahllokale gelegen. Sollten doch die Arbeiter, welche in Meidrich wohnen, aber in Bruckhausen arbeiten, in Hamborn wählen. Diese haben denn auch wohl alle nicht ihr Stimmrecht ausgeübt. Aber auch sonst zeigt sich noch sehr viel Interesselosigkeit, sonst müßte das Resultat für uns ein weit besseres sein. Daß die Gegner den letzten Mann an die Urne gebracht haben, steht wohl fest. Die schönste Antwort haben die Genossen wieder erhalten. Alles mußte zur Agitation herhalten: Bergarbeiterstreik, Zentrumsgewerkschaften usw., trotzdem dieser Hereinfall. Wir kondolieren.

Posen. Am 22. März fanden hier die Wahlen zum Innungsausschuß für das Gesellen- und Herbergswesen und des Ausschusses für das Lehrlingswesen statt. Um den in Frage kommenden Organisationen Gelegenheit zu geben, sich mit der Aufstellung der dazu nötigen Kandidaten auf dem Wege der Verständigung zu einigen, fand unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Adler am 16. März eine Sitzung statt. In dieser Sitzung fand eine gegenseitige Aussprache statt; dieselbe endete damit, daß auf Vorschlag des „Genossen" Schulz auf Mittwoch, den 20. März, noch eine Sitzung festgesetzt wurde, wo eine Einigung über die Aufstellung der Kandidaten stattfinden sollte. Der „Genosse" Schulz wollte den Ort und die Zeit der Zusammenkunft uns noch mitteilen. Wir warteten aber vergebens auf eine Einladung. Im letzten Augenblick wurde uns mitgeteilt, daß die „Genossen" uns ausgeschaltet haben. Dieselben hatten ein Kompromiß mit der polnischen Berufsvereinigung abgeschlossen, und ehe wir von dem Spiel Kenntnis erhielten, war es für uns zu spät, erfolgreich allein vorzugehen. Wenn nun die „Genossen" glaubten, uns mit dem Ausschalten zu blamieren, so waren sie recht enttäuscht, daß unsere Liste 123 Stimmen auf sich vereinigte, die Liste der vereinigten Gegner hatte 223 Stimmen. Wir können mit dem Resultat zufrieden sein, da wir in der kurzen Zeit nur einen kleinen Teil unserer Mitglieder einladen konnten. Doch alles rächt sich, so auch hier. Die polnische Berufsorganisation, welche der Liste der „Genossen" zum Siege verhalf, erhielt von den acht zu wählenden Vertretern nur einen einzigen, und auch nur einen solchen, welcher wohl selten in Funktion treten wird, während die „Genossen" sieben für sich in Anspruch nahmen. Durch diese ungerechte Behandlung wandten sich die Vertreter der polnischen Berufsvereinigung voll Verachtung von den „Genossen". So kam es, daß bei der Wahl der Vertreter zu der Innungskrankenkasse sich dieselben mit uns vereinigten. Wir erzielten damit einen schönen Erfolg, indem unsere gemeinsame Liste mit den 22 Vertretern mit 125 Stimmen glatt gewählt wurde. Die „Genossen" haben es nicht gewagt, allein vorzugehen, wie wir es bei der Gesellenausschußwahl gemacht haben, sie befürchteten, daß ihre Bedeutungslosigkeit sonst offen aufgedeckt werden könnte. Um den Wahlakt zu verhindern, hatte man etwa ein Dutzend von den „Intelligentesten" in die Versammlung gesandt, die durch einen wüsten Lärm das zu ersetzen suchten, was ihnen an Anstand fehlte. Die Leiter der Versammlung waren gezwungen, polizeilichen Schutz in Anspruch zu nehmen, damit der Wahlakt ohne ernstere Folgen beendet werden konnte. Durch dieses ungebildete Benehmen haben sich die „Genossen" selbst gerichtet, denn jeder einigermaßen anständige Mensch wendet sich von einer solchen Organisation, deren Mitglieder Andersdenkende roh beschimpfen, die aber als Vertreter einer Krankenkasse sich durchaus nicht als hervorragende Vertreter der Arbeiter erwiesen haben, ab.

Bücherschau.

Steuerreklamationen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hauseigentümern zur wirksamen Verteidigung gegen zu hohe Besteuerung geeignetes Material an die Hand geben zu können, hat der Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" in M.-Gladbach in der „Arbeiterbibliothek" eine Broschüre über das preußische Einkommensteuergesetz herausgegeben. Dieselbe enthält eine übersichtliche Darstellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand wesentlichsten. Speziell ist das Wesen des Lohneinkommens und der Nebenbezüge klargestellt und dargelegt, was alles von dem Roheinkommen abgezogen werden kann; es sei nur hingewiesen auf die Abzüge bei auswärtiger Arbeit, für Kleiderverschleiß, bei Ueberstunden, Mitarbeit der Frau und dergleichen. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz usw. ist gebührend berücksichtigt. Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Berufungen und sonstiger Eingaben in Steuersachen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigefügt. Die Anschaffung des Büchleins (Preis postfrei 35 Pf.) ist sehr zu empfehlen.

Der Streik im Ruhrrevier ist noch immer der Gegenstand eingehendster Besprechungen. Die Bedeutung einer solchen Bewegung für unser Wirtschaftsleben bringt das mit sich. Dann aber auch die Tatsache, daß es sich bei dem Streik nicht allein um einen Kampf zur Erringung besserer Arbeitsverhältnisse handelte, sondern hierbei ein scharfer Kampf zwischen der christlichen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ausgefochten wurde.

In ganz Deutschland versucht die Sozialdemokratie den Kampf in ihrer Weise auszubeuten. Statt zuzugeben, daß der sozialdemokratische Verband eine Dummheit machte, daß der Streik verfehlt war, daß er im Interesse der Arbeiter und aus wichtigen gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht kommen durfte, wird über die christliche Gewerkschaftsbewegung, die bürgerliche Presse und die Behörde geschimpft. Als wenn diese die Arbeiter schädigen wollten und an dem für die Arbeiter ungünstigen Verlauf des Streiks schuld seien.

Um allen Interessierten die Möglichkeit zu schaffen, sich über die zur Diskussion stehende Frage zu informieren, ist jetzt im Christlichen Gewerkschaftsverlag (Cöln, Eintrachtstraße 147) eine Broschüre von H. Imbusch erschienen: „Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier im Frühjahr 1912." Sie ist durch jede Buchhandlung zum Preise von 50 Pf. zu beziehen. Bei Bezug größerer Partien durch die Geschäftsstelle des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands (Essen, Schützenbahn 64) wird die Schrift erheblich billiger abgegeben.

Die Schrift schafft Aufklärung über die Vorgeschichte des Streiks, schildert objektiv seinen Verlauf, bringt Material über die Stellung der Parlamente und der Oeffentlichkeit zum Streik und zieht aus dem Streik verschiedene wichtige Lehren.

Für jeden, der in der Arbeiterbewegung mitarbeitet, und für jeden sozialpolitisch Interessierten ist das Schriftchen unentbehrlich. Versäume deshalb keiner seine Anschaffung und sein Studium.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzusenden.)

Elberfeld. Am 12. März fand die Generalversammlung der Krankenkasse des Elberfelder Baugewerbevereins statt, zugleich Vertreterwahl. Sämtliche Vertreter fielen dem christlichen Bauarbeiterverbande zu. Bisher waren stets die Vertreter sozialdemokratisch. Der erste Sieg der christlichen Gewerkschaften bei den Krankenkassen in Elberfeld ist somit errungen. Es ist ein Zeichen, daß die Elberfelder Kollegen, wenn es gilt, auch ihren Mann stellen.

Friedenshütte (Ober-Schlesien). Einen schrecklichen Tod fand auf der Baustelle der katholischen Kirche unser Kollege Marzellin Lischka aus Hiondslas von der Zahlstelle Friedersdorf. Er war damit beschäftigt, eine eingeklemmte Schale von einem elektrischen Materialaufzug loszumachen. Dabei riß das Drahtseil, und er fiel mit der Schale in eine Tiefe von 27 Metern. Die Polizei und zwei Aerzte waren sofort zur Stelle, sie konnten jedoch nur noch den Tod feststellen. Es ist also wieder eine Mahnung zur Vorsicht für alle Bauarbeiter. Kollege Lischka war erst 22 Jahre alt.

Briefkasten.

N. B. N. 100. Wende Dich an den Deutschen „Rad- und Motorfahrerverband „Concordia", E. V., Sitz Bamberg". Von dort könnt Ihr jede gewünschte Auskunft und auch Material beziehen. Der Verband steht auf christlich-vaterländischem Boden, und können wir Euch schon um der guten Versicherung, die er seinen Mitgliedern bietet, den Anschluß an denselben empfehlen.

Redemann, Bottrop. Die eingesandte Aufforderung konnte nicht aufgenommen werden, da ein Teil der Namen und Orte so undeutlich geschrieben waren, daß sie beim besten Willen nicht zu entziffern waren. Senden Sie sie uns darum noch einmal, aber recht deutlich mit Tinte geschrieben, ein. Gruß.

Bekanntmachungen.

Achtung!

An die Bauarbeiter der Verwaltungsstelle Treysa.

Sonntag, den 21. April findet um 3 Uhr nachmittags in der Wirtschaft „Zur Aue" in Treysa eine

außerordentliche Mitgliederversammlung

unseres Verbandes statt, zu welcher alle Kollegen dringend eingeladen sind. **Der Vorstand.**

Bezirk Paderborn.

Maurer, die arbeitslos sind und im hiesigen Bezirk arbeiten wollen, werden ersucht, sich an den Bezirksleiter Friedrich Werner, Paderborn, Ludwigstr. 35 zu wenden; in einer Anzahl Orte kann gute Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden.

Verwaltungsstelle Duisburg.

Vom 7. April ab befindet sich das Bureau in der Realschulstraße 2 (Telephonnummer 2573). Die Vorstände der Zahlstellen werden gebeten, sich die Adresse und Telephonnummer zu merken. **E. Schilling.**

Sterbetafel.

Am 29. März verschied nach zweijährigem Krankenlager unser langjähriges Mitglied und treuer Kollege **Gustav Hübner** im Alter von 54 Jahren.
Zahlstelle **Berlin** (Dachdecker).

Am 29. März starb unser Kollege **Marzellin Lischka** im Alter von 22 Jahren an den Folgen eines Unfalles.
Zahlstelle **Friedersdorf,** Bez. Kattowitz.

Am 29. März starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle **Josef Watzlawick.**
Zahlstelle **Bottrop.**

Ehre ihrem Andenken!

Nach allen bisherigen Erfahrungen ist der

Beweis

erbracht, daß die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, à Stück 50 Pf., ein vorzügliches Mittel zur Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Gesichts und eines zarten, reinen Teints ist. Ferner macht der

Cream „Dada" (Lilienmilch-Cream)

rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Wichtige Mitteilung für jeden Lungenleidenden

[illegible] ... Lungenspitzenkatarrh, veraltetem Husten, Verschleimung, lange bestehender Heiserkeit, chronischen Bronchial- und Kehlkopfkatarrh leiden, nehmen sofort [illegible] Mittel. Dasselbe ist die [illegible] aus Cal. Laden. aus der Pflanzenfamilie der Stachyoideae und durch Kaiserl. Verordnung dem freien Verkehr überlassen. — Preise: 1 Packung (ausreichend für ca. 4 Wochen) 5,50 M., 1 Doppelpackung 9,50 M., 1 Probe-Packung 1,75 M. Portofreie Zusendung (Verpackung frei) durch

Th. Mille, Pharm. Präparate, Berlin SW 11. Dessauer Straße 10, Abteilung 282.

Auszüge aus einigen der letzten freiwilligen Dankschreiben:

[illegible]

Engelbert Paul Schellhaus, [illegible] (Schles.).

[illegible]

Das von Ihnen gesandte Heilmittel hat bei meinem Sohne sehr gute Dienste getan (Lungenspitzenkatarrh). Ich habe Ihr Mittel auch an andere hier und in Leipzig empfohlen. Schade, daß wir es nicht schon eher hatten. Nun schicken Sie mir unter Nachnahme 2 Pakete Ihres Heilmittels für 9,50 M. portofrei. Hochachtungsvoll

R. Meyer, [illegible] in Plodda, Post Schleitz, Bez. Halle a. d. Saale.

Vielen Dank bin ich Ihnen schuldig für das mir übersandte Heilmittel und bitte um Verzeihung, wenn ich nicht früher schrieb. Ich bin sehr zufrieden gewesen, es hat mir gut getan. Ich gebe Ihrem Mittel den Vorzug vor den vielen, die ich bei meinem [illegible] Katarrh mit festsitzendem [illegible] Schleim angewandt hatte. Ich bin gottlob wieder befreit von dem [illegible] Schleim. Nochmals dankend für Ihr vorzügliches Mittel

Hochachtungsvoll

[illegible]

Für Ihre Sendung meinen besten Dank; dieselbe hat mir bei meinem [illegible] sehr gute Dienste getan. Werde Ihre Mittel gern anderen Leidenden empfehlen. Ich selbst werde mir, sobald ich wieder Bedarf habe nachbestellen. Nochmals bestens dankend zeichnet sich

Frau Marie Römer geb. Polster, Rafatme bei Militsch.

Mit dem mir zugesandten Heilmittel gegen Lungenleiden bin ich sehr zufrieden. Der Lungenkatarrh hat sich bei Gebrauch des Heilmittels ganz zufriedenstellend gebessert. Ich habe deshalb auch meinen Bekannten das Mittel warm empfohlen und sage ich Ihnen hiermit, was ich schon früher tun wollte, meinen allerbesten Dank.

Hochachtungsvoll A. Jacke, Liegnitz.

Hierdurch teile ich Ihnen höflichst mit, daß ich mit Ihrem Heilmittel sehr zufrieden bin; ich fühle mich wieder sehr wohl, der Husten ist ganz weg, der Auswurf nur noch ganz wenig und der Appetit sehr groß. Ich werde Sie in meinen Bekanntenkreisen weiter empfehlen.

Hochachtungsvoll G. Stumpfner, Uhrmacher, Breslau III.

Weitere Dankschreiben liegen in großer Anzahl vor.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Jos. Becker. Druck: Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt, sämtlich in Berlin.